Der „Lübecker Volksbote" erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 16 Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 4,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 3,00 Mark, Reklamen 16,00 Mark.
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf: 926

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Lübecker Volksbote

Nummer 80. Dienstag, den 4. April 1922. 29. Jahrgang.

Vor Genua.

Eine Rede Lloyd Georges.

In der französischen Kammer hat am Sonnabend nach Briand Poincare gesprochen und dabei wiederholt, daß in Genua über die Versailler Bestimmungen keines alls gesprochen werden dürfe. Er habe auch Vorkehrungen getroffen, daß solche Mißverständnisse wie in Cannes nicht mehr vorkommen — nämlich, daß die Alliierten etwas für vereinbart halten, was erst besprochen sei. Da Poincare zugleich versicherte, nur mit den Alliierten zusammenzuarbeiten sei sein Ziel, so ist es ja Sache der Alliierten, sich mit ihm über das gegenseitige Vertrauen, Treu und Glauben, auseinanderzusetzen.

Diese Rede Poincares kennzeichnet der sozialistische Abgeordnete Leon Blum im „Populaire" dahin, daß die Genueser und die Washingtoner Konferenz einen Elan des Vertrauens und des Glaubens hervorgerufen hätten. Diesen Elan schicke Frankreich sich an, zu zerstören. Ein Mißerfolg, der vielleicht in sich unvermeidlich sei, werde von nun an durch die Gewalt der Tatsachen dem schlechten Willen, den Einschränkungen und den Schikanen Frankreichs zugeschrieben.

Am Montag begann nun auch im britischen Unterhaus die große Debatte über Genua, deren Ausgang dem Anreger der Konferenz, Lloyd George, die Autorität einer starken Parlamentsmehrheit mit auf den Weg geben soll.

Lloyd George schlug folgenden Wortlaut des Vertrauensvotums vor:

„Das Unterhaus stimmt dem vom Obersten Ententerat in Cannes angenommenen Entschlüssen zu. Diese Entschlüsse gelten als Grundlage für die Konferenz von Genua. Das Unterhaus unterstützt die englische Regierung in ihren Anstrengungen, um diesen Canneser Beschlüssen zur Wirkung zu verhelfen."

So lautet der Wortlaut des Vertrauensvotums. Zur Begründung führte Lloyd George u. a. aus:

Die Resolution, die ich Ihnen vorschlage, ist dieselbe, die eingebracht wurde bei der Abreise unserer Delegation nach Washington. Sie wird dem Unterhause Gelegenheit geben,

1. die Ziele der Konferenz von Genua zu billigen,
2. die Tragweite dieser Konferenz und
3. die Zusammensetzung unserer Delegation.

Diese Abänderung an dem Wortlaut des Vertrauensvotums würde für Lloyd George eine Mißtrauensäußerung bedeuten, so daß sich Lloyd George gezwungen sehen würde, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, d. h. von der Regierung zurückzutreten. Welches sind, sagte Lloyd George, die Ziele der Konferenz? Warum hat man die Konferenz einberufen? Die Antwort darauf geben die Entschlüsse, wie sie in Cannes gefaßt worden sind. In Genua will man zusammentreffen, um das Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas zu prüfen. Europa ist der reichste aller Kontinente. In Europa stehen die vollkommensten Rüstzeuge der Erzeugung der Reichtümer, in Europa lebt eine Bevölkerung mit den ausgedehntesten Bedürfnissen und den am höchsten entwickelten Mitteln, um diese Bedürfnisse zu befriedigen. Dieses gleiche Europa ist auch verarmt und erschöpft durch den verheerendsten Krieg, den die Welt je gekannt hat. Der internationale Güteraustausch ist desorganisiert worden und weite Gebiete, von denen Europa zum größten Teil in seiner Ernährung abhängig ist, sind heute vom kollektiven Handel ausgeschlossen. Die Nationen, die sich eigentlich helfen sollten, um wieder aufzubauen, was zerstört wurde, sind durch Argwohn und Befürchtungen von einander getrennt. Große Armeen stehen auf Kriegsfuß. Die Völker schmachten unter der Last der Steuern. Die Konferenz von Genua ist einberufen worden, um diejenigen Methoden herauszufinden, die am praktischsten sind, um aus diesem allgemeinen Chaos die Mittel für die Wiederherstellung des Wohlstandes hervorgehen zu lassen. Welches sind nun die Einschränkungen, die dem Programm von Genua auferlegt worden sind? Asquith, so sagte Lloyd George, hat im vergangenen Monat der Regierung Fragen gestellt, die zu dem Glauben führen könnten, daß im Verlaufe der Besprechungen mit Poincare neue Einschränkungen zu denjenigen gekommen sind, die bereits in den Entschlüssen von Cannes enthalten waren. Dies ist nicht der Fall. Die in Cannes gezogenen Grenzen waren notwendig. Es wäre vollständig unmöglich gewesen, ohne diese Grenzen eine einstimmige Annahme der an alle europäischen Staaten verschickten Einladung zu erhalten. Ich glaube übrigens nicht, daß eine Konferenz wie die Konferenz von Genua dazu berufen sein kann, die Revision der gegenwärtig in Kraft stehenden Friedensverträge zu erörtern. Auch wenn man von der Annahme ausginge, daß eine solche Erörterung wünschenswert wäre.

Und welches sind nun die beiden großen Fragen, die das Wirtschaftsleben Europas beeinflussen?

1. diejenige der Grenzen und
2. diejenige der Reparationen.

Was die erste Frage betrifft, so ist zu sagen, daß Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückerstattet wurde. Das ist eine Tatsache, die wirtschaftlich betrachtet, von beträchtlicher Bedeutung ist. Andererseits ist Polen wieder neu errichtet worden und statt, daß es wie früher unter drei Großmächte aufgeteilt wurde, bildet es heute eine unabhängige nationale Einheit. Schließlich hat man die Unabhängigkeit der slawischen Völker der früheren Donaumonarchie anerkannt. Das sind die großen territorialen Aenderungen, die in den Friedensverträgen begründet liegen. Gibt es einen einzigen Mann im Unterhause, der wünschen möchte, diese territorialen Aenderungen zu mißbilligen? Es hat keinen Wert, den Vertrag von Versailles zu kritisieren, weil er neue Grenzen gezogen hat, wenn man nicht dazu bereit ist, rundheraus zu erklären, daß große Ungerechtigkeiten begangen worden sind. Zweifellos haben diese Veränderungen Komplikationen gebracht, aber es ist klar, daß die Konferenz von Genua nicht dazu berufen sein kann, um diese neuen Grenzen zu berichtigen.

Ueber die Reparationsfrage ist folgendes zu sagen: Die Ursache der jämmerlichen wirtschaftlichen Lage Europas ist oft den Reparationsforderungen des Vertrages von 1919 zugeschrieben worden. Allein man muß sich Rechenschaft ablegen davon, daß nicht diese Verträge es waren, die die Notwendigkeit der Revision begründeten. Man muß nicht aus dem Auge verlieren, daß etwas da ist, was revidiert werden muß. Wenn man den Versailler Vertrag abändert, so wird man die Lage nicht abändern können, man wird die Last von den Schultern Deutschlands wegnehmen können, um sie auf diejenigen Frankreichs, Englands und Belgiens zu bürden, besonders aber auf die Schultern Frankreichs. Man würde eine Bevölkerung von 60 Millionen entlasten, um eine Bevölkerung von 40 Millionen damit zu belasten. Immerhin sind zwei Erwägungen zu machen, die wir uns gegenwärtig halten müssen, wenn wir uns mit dem Reparationsproblem beschäftigen. Die erste Erwägung ist die, daß, wenn wir jetzt darauf bestehen, um von Deutschland Zahlungen zu erzielen, die seine Leistungsfähigkeit übersteigen, dadurch eine Krisis provoziert wird, deren Opfer nicht allein das Deutsche Reich sein wird. Die zweite Erwägung ist die, daß die herabgesetzte Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht danach beurteilt werden kann, was ihm gegenwärtig möglich ist, in einem Zeitpunkt, wo Deutschland gemeinsam mit dem übrigen Europa versucht, sich von den Folgen des Krieges zu erholen. Weder die eine noch die andere dieser beiden Erwägungen kann dem Urteil der Konferenz von Genua überlassen bleiben. Frankreich kann nicht auf Rechte verzichten, die es um den Preis so vieler Opfer erworben hat. Ich glaube nicht, daß es gerecht wäre, von Frankreich zu verlangen, daß es sich dem Verdikt einer Konferenz unterwirft, auf der nicht nur Staaten vertreten sind.

Nun das Problem der Konferenzen. Man kann es dahin zusammenfassen: Vertrauen, Kredit, internationale Wechselkurse, Transportwesen, Organisation des Handels von Nation zu Nation. Es haben mehrere Konferenzen stattgefunden, um diese selben Fragen zu erörtern und zwar unter den Auspizien des Völkerbundes. Sie sind in Brüssel, Barcelona und in Genf abgehalten worden und haben gute Ergebnisse erzielt. Aber man kann sich fragen, ob sie das ergeben haben, was man von ihnen erwarten konnte. Es wäre falsch zu behaupten, daß eine Konferenz gescheiter ist, weil sie nicht alles erfüllt hat, was man von ihr erwartete. Man muß Geduld haben und sich nicht durch die Schwierigkeiten entmutigen lassen. Das System der Konferenz hat seine guten Seiten. Welches Problem wird die Konferenz von Genua an allererster Stelle beschäftigen? Dasjenige der Wiederinstandsetzung des nötigen Rüstzeuges für ein richtiges Funktionieren des internationalen Handels. Dieses Rüstzeug ist sehr heikel.

Börse.

Berlin, 3. April.

Der Berliner Devisenmarkt stand bei Beginn der neuen Woche unter dem Eindrucke bedeutender Deckungskäufe der Baissespekulation, die sich in den letzten Tagen der vorangegangenen Woche ziemlich stark nach unten engagiert hatte. Man rechnet für die kommenden Tage mit weiteren heftigen Schwankungen, da die ausländische Spekulation die augenblicklich unklare politische Lage benutzt, um den Kurs der deutschen Mark hin und herzuwerfen. Amtlich notierten Kabel Newyork 320, London 1407,5, Holland 12150.

Reichstag.

201. Sitzung.

Montag, 3. April, nachmittags 2 Uhr.

Vizepräsident Dr. Bell verliest ein Schreiben des Reichskanzlers, wonach der Reichstagsabgeordnete Fehr (Bayerischer Bauernbund) zum Ernährungsminister ernannt worden ist.

Der Gesetzentwurf über die Erhöhung von Geldbeträgen in der Unfallversicherung wird dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Verkürzung der Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt. Nach den Beschlüssen zweiter Lesung soll den einzelnen Ländern die Entscheidung überlassen bleiben. Nach kurzer Debatte wird ein unabhängier Antrag, den Entwurf in der ursprünglichen Form wieder herzustellen, so daß die Ausbildungszeit um sechs Monate verkürzt wird, abgelehnt. Angenommen wird in dritter Lesung der Gesetzentwurf in der Ausschußfassung, so daß den Ländern die Entscheidung überlassen bleibt.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes und die damit verbundene deutschnationale Interpellation über die Weichseldörfer wird von der Tagesordnung abgesetzt, da der Außenminister verhindert ist.

Es folgt die zweite Lesung des

Haushalts des Reichsinnenministeriums.

Reichsinnenminister Dr. Köster: Der Ihnen vorliegende Etat schließt ab mit einer Summe von 2 380 041 338 Mk. Er enthält auch die Kriegskontributionen in Höhe von 1 946 204 000 Mark, so daß nur 433 837 000 Mk. für uns übrig bleiben. Davon sind noch 313 Millionen Mark für indirekte Kriegsfolgen abzurechnen, so daß für unseren eigenen Kulturzweck nur 120 Millionen Mark bleiben. Bedauernswerterweise weist der Etat ungeheure Summen für Polizeizwecke auf; aber solange unser Volk unter dem heutigen wirtschaftlichen Druck steht, und solange unsere Volksgemeinschaft so wenig konsolidiert ist, wird keine Regierung auf diese Summen verzichten können. Infolge der schlechten Finanzlage muß bei allen Gehältern rücksichtslos Sparsamkeit geübt werden. Jedoch kann schöpferische Sparsamkeit auf die Dauer nicht in dem Abstreichen von Summen bestehen, sondern sie ist **eine Frage des organischen Aufbaues des Staates.** Eine wirkliche Sparsamkeitspolitik muß aus dem Ministerium selbst herauskommen und von dem verantwortlichen Minister gemacht werden. Diese Aufgabe glaube ich im Innenministerium gelöst zu haben. In mancher Beziehung ist die Stellung der Reichsregierung durch die Weimarer Verfassung geschwächt worden. Die Personalunion zwischen Preußen und dem Reich hat aufgehört, das müssen sich die Kritiker der Regierung vor Augen halten. Eine der wichtigsten Aufgaben meines Ministeriums ist der physische Wiederaufbau unseres Volkes. Die Blockade hat uns 800 000 Menschen gekostet. Dazu kamen in der Nachkriegszeit noch weitere 200 000 Opfer. Krankheiten verwüsteten den Volkskörper. Ich verstehe den Wunsch nach einem Reichsgesundheitsministerium. Sofort ist das nicht zu schaffen, aus finanziellen Gründen und weil die Gesundheitspflege heute zwischen den Ländern und dem Reich geteilt ist. Die Gefahr der Seucheneinschleppung ist gewachsen. Die Mittel zur Seuchenbekämpfung wurden erhöht. Erfreulicherweise werden Spiele und Sport immer mehr gepflegt. Die Gesetzgebung muß vor allem mehr als bisher der wirtschaftlichen Ausnutzung Jugendlicher für Profit und Gewinn entgegenarbeiten. Viel wichtiger aber als neue Paragraphen ist der Geist, der aus der Tat der Berliner Jugend auf dem Tempelhoffeld spricht, wo sie Schundbücher verbrannt hat. Die Forschung entbehrt heute der notwendigsten Hilfsmittel infolge der Finanznot. Ausländische Zeitschriften sind kaum zu kaufen. Wir müssen prüfen, ob nicht einem wirtschaftlich und beruflich besonders bedrohten Stande, nämlich dem Stand der Journalisten, der immer mehr vom Kapitalismus abhängig wird, durch ein neues Gesetz geholfen werden kann. Das ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine geistige Frage. Ferner müssen wir dem neuen Staat auch jene Leute näherbringen, die heute sich noch abseits von ihm halten. Prinzipiell möchte ich raten, doch einmal darüber nachzudenken, wie jener Staat eigentlich aussehen würde, der vor der Revolution durch die Erlasse der kaiserlichen Regierung vom Herbst 1918 geschaffen werden sollte. Der Kaiser wünschte, daß das Volk an seinem Geschick mitarbeite, daß Männer, die das Vertrauen des Volkes besitzen, die Verantwortung mittragen. In einem Erlaß vom 4. November heißt es: „Das gleiche Wahlrecht ist gesichert. Eine neue Regierung aus der Mehrheit des Volkes hat sich gebildet. Die Regierung ist dem Reichstag verantwortlich, doch vieles bleibt noch zu tun. Die **Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat** wird entschlossen weitergeführt. Die neue Verwaltung kann ihre befriedigende und heilende Wirkung ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltungen und Militärbehörden findet, der sie fördert. Wir erwarten, daß Sie, die Sie zur Verwaltung berufen werden, uns willige Mitarbeiter sein werden." (Unruhe rechts.) Das heutige parlamentarische Deutschland war also gewissermaßen schon in diesem Erlaß beschlossen. Ich hoffe, daß draußen im Lande diese kleine historische Erinnerung eine bessere Wirkung haben wird als bei Ihnen (nach rechts). Der Staatsbegriff ist im Wanken. Die Aufgabe ist, **einen neuen Staatsbegriff in Deutschland zu stabilisieren.** Er wird auch heute noch dauernd ins Wanken gebracht, nicht nur durch die politischen Phantasien von links und rechts, sondern er wird auch bedroht durch die wirtschaftlichen Organisationen, die eine viel größere Macht zu erreichen drohen, als im alten Deutschland. (Rufe rechts: Welche denn?) Ich per-

stehe darunter nicht nur die Verbände der Unternehmer, sondern auch die Gewerkschaften. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Aufgabe der Demokratie ist es, den neuen Staatsbegriff zu verteidigen nach rechts und nach links. Im früheren Staat war das Beamtentum eine der stärksten Stützen. Es ist kein Wunder, daß auch das Beamtentum von der Erschütterung des Staatsbegriffs erfaßt worden ist, der Beamtenschaft wird es infolge ihrer starken Stellung im alten Staat naturgemäß schwerer, in dem neuen Staat aufzugehen, der ihnen ganz andere Aufgaben stellt. Die Regierung hat nichts getan und wird nichts tun, um der Beamtenschaft den Uebergang zu erschweren, aber sie muß verlangen, daß die Beamtenschaft fest auf dem Boden der Tatsachen steht — mehr noch, fest in diesem Boden wurzelt. Wir treiben keine Gesinnungsschnüffelei. Und dann muß sich der Beamte an noch etwas gewöhnen: daran nämlich, daß in diesen Beamtenkörper auch aus anderen Berufen Leute hineinkommen, vorausgesetzt, daß sie die Fähigkeiten für den neuen Beruf mitbringen. (Aha!-Rufe rechts.) Der neue Staat hat auch neue Symbole. Diese neuen Symbole stammen aus einer schweren Zeit. Aber gerade deshalb wird das Volk sie lieben. (Beifall links.) Den abseits Stehenden empfehle ich, genau denselben Respekt den neuen Symbolen entgegenzubringen, den früher die abseits Stehenden den alten Symbolen entgegenbrachten. (Unruhe rechts.) Und wir erwarten, daß Sie (nach rechts), die Sie national sein wollen, im Kampf gegen diese Symbole niemals das Ausland aus dem Auge verlieren. Was ist das für ein Nationalbewußtsein, wenn Auslandsdeutsche schreiben, sie müßten es sich überlegen, ob sie nicht infolge dieser neuen Symbole Amerikaner werden sollen. (Sehr richtig! rechts.) Was ist das für ein Nationalgefühl? Wir brauchen heute ein neues Staats- und Nationalbewußtsein. Dieses neue, von unten auf geborene Nationalbewußtsein wird **demokratisch** sein, oder es wird nicht sein. Es wird anknüpfen an die alten Ueberlieferungen unseres Volkes. (Ruf rechts: „Dann ist es nicht demokratisch!") Aber es wird erfüllt sein von dem Selbstbewußtsein, das früher sehr oft gemangelt hat. Was uns aus dem Zusammenbruch blieb, ist allein das Reich. Füllen wir den staatsrechtlichen Begriff des Reiches mit sozialem Verantwortungsgefühl, mit revolutionärem Machtbewußtsein und mit jenem demokratischen Nationalbewußtsein, von dem ich gesprochen habe. Dann werden wir das sein, was wir sein müssen und sein werden: Nach außen eine Nation und nach innen ein Volk. (Beifall bei den Soz.)

Dr. **Schreiber** (Z.): Der Etat ist mit bemerkenswerter Sparsamkeit aufgestellt. Er verlangt 490 Millionen Mark weniger, als der vorige. Auch wir haben für die Notlage großes Verständnis, aber eben deshalb sind wir gegen die Entschließung des Ausschusses, wonach für bisherige Beamte und Hilfskräfte die Tatsache der unehelichen Mutterschaft als solche kein Grund zur Entlassung oder Anstrengung eines Disziplinarverfahrens sein soll. Von einem Abbau der Technischen Nothilfe wollen wir nichts wissen.

Dr. **Mumm** (DNV.): Den Beamten im Ministerium muß völlige Freiheit ihrer Gesinnung gewährt werden, auch die völlige Freiheit ihrer monarchischen Gesinnung. Gegen die Lustseuchen muß energisch eingegriffen werden.

Nächste Sitzung Dienstag, 2 Uhr: Kleine Anfragen, Fortsetzung der Debatte von heute. — Schluß 6 Uhr.

Die Konferenz der drei Internationalen

Sonntagssitzung.

SPD. **Berlin**, 3. April. (Drahtbericht.)

Es war ein erfreulicher Anblick, nach jahrelangen heftigen Kämpfen auf der gestern im Reichstag eröffneten Sozialistenkonferenz wieder Männer zusammen zu finden, die einst gemeinsam für das Wohl der Arbeiterschaft gekämpft haben. So erfreulich auch diese Tatsache war, dennoch kam im Konferenzsaal nicht das Gefühl auf, daß es allen Erschienenen darum zu tun sei, dem Zweck der Konferenz entsprechend, ernsthaft an einer Verständigung mitzuarbeiten. Man brauchte gar nicht die eigentliche Eröffnung der Hauptkonferenz abzuwarten, um dies gefühlsmäßige Empfinden zur Ueberzeugung werden zu lassen.

Während die Londoner und Wiener Internationale die Anwesenheit der russischen Vorkonferenz wünschte, verlangte Radek für Moskau die Entfernung ehrlicher Kämpfer gegen das vergangene Zarentum, Tschernow und Suchomlin usw. So kam man immerhin nach längeren Auseinandersetzungen dahin, die anfangs als nicht allgemein öffentlich geplante Konferenz in begrenztem Sinne für öffentlich zu erklären, so daß die Sozialrevolutionäre gewissermaßen als Journalisten zu der Konferenz zugelassen wurden. Wenn auch so auf Umwegen erreicht wurde, was die Londoner und Wiener Internationale wünschte, so war in gewissem Sinne doch schon, bevor die offiziellen Verhandlungen begannen, die Tendenz der Konferenz angetastet. Die dann eröffnete Sitzung zeigte bald, daß die im Rechte waren, die schon vor der Einberufung der Konferenz unter den gegenwärtigen Umständen pessimistisch gegenüberstanden.

Gegen 10½ Uhr eröffnete Friedrich Adler die Sitzung. Zu gleichberechtigten Vorsitzenden wurden bestimmt: Tom Shaw (2. Internationale), Friedrich Adler (Internationale 2½), Klara Zetkin (Internationale 3.) Seine Einleitung formulierte Adler im Sinne der Konferenz dahin, daß es sich nicht um eine Verschmelzung der Organisationen handle, sondern um die Prüfung der Frage, ob die Voraussetzung für gemeinsame Aktionen gegeben sei. Anschließend daran verlas Klara Zetkin im Auftrage der Moskauer Internationale eine lange Erklärung, die von „demokratischen Illusionen" und dergleichen handelte und immer wieder die These aufstellte, daß eine Einigung nur möglich sei, wenn auch die übrigen Parteien die Koalition mit der Bourgeoisie aufgäben und die Diktatur des Proletariats zu ihrer grundsätzlichen Forderung erhöben.

Als dritte Garantiefrage werde die Angelegenheit der politischen Gefangenen aufgestellt.

„Glaubt nicht", so sagte Vandervelde, „daß wir zu einer Konferenz kommen, während unsere Kameraden, die mit uns gekämpft haben, im Kerker schmachten." Als Beauftragter der Wiener Arbeitsgemeinschaft gab Paul Faure eine Erklärung ab, deren Inhalt sich mit den Ausführungen Vanderveldes ziemlich deckte. Es fehlten lediglich die zum Schluß von dem Redner der zweiten Internationale geforderten Garantien. Unter anderm wird in dieser Erklärung festgestellt, daß der russischen Arbeiterschaft alle politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten genommen wurden.

Zum Schluß der Erklärung forderte Moskau die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses, an dem nicht nur die Exekutiven der drei Internationalen, sondern alle Gewerkschaften, besonders auch alle syndikalistischen und anarchistischen Organisationen teilnehmen wollen. Nach erfolgter Uebersetzung kam als erster Redner Vandervelde für die zweite Internationale zum Wort. Vandervelde erklärte, daß einer gemeinsamen Aktion keine grundsätzlichen Einwendungen gegenüberstehen, daß es aber vorher notwendig ist, ein Minimum von gegenseitigem Vertrauen herzustellen. Es wäre aber die Konferenz nicht abzuhalten, wenn die Welt die Uneinigkeit der sozialistischen Parteien demonstriert werden solle. Um so mehr sei Vertrauen nötig, als Dokumente der Kommunisten vorlägen, aus denen hervorgehe, daß sie die Parole der Einheitsfront nur aus taktischen Gründen zu verwirklichen wünschen. Zum Schluß formulierte Vandervelde

die Garantien der 2. Internationale.

Zunächst wünscht die zweite Internationale Aufklärung, ob Moskau zu der weiter geplanten Konferenz mit der Absicht der Stärkung des Proletariats kommen will, ob es die Zellenbildung einstellen sowie auch auf die Spaltungstendenz verzichte.

Weiter, welche Garantien dafür gegeben seien, daß die Randstaaten in Zukunft entsprechend dem Selbstbestimmungsrecht behandelt werden und zunächst das Recht erhalten, ihre Delegierten zu der betreffenden Konferenz frei zu wählen.

Nach erfolgter Uebersetzung der Ausführungen bezw. Erklärungen der Vertreter der einzelnen Internationalen gab Radek eine Erwiderung. Anstatt auf die sachlich, wenn auch scharf zum Ausdruck gebrachten Momente Vanderveldes in Ruhe einzugehen, beschimpfte Radek Vandervelde und andere Gewerkschaftsführer der 2. Internationale, die für die Arbeiterschaft Großes geleistet haben. Der Forderung Vanderveldes auf gegenseitiges Vertrauen stellte Radek die wörtliche Antwort gegenüber: „Für keinen Groschen Vertrauen! Solange Ihr keine Taten gemeinsam mit uns gezeigt habt, solange werden wir allen Verhandlungen kühl bis ans Herz gegenüberstehen." Trotzdem aber erklärte er sich aus taktischen Momenten, für die die Kommunisten ein großes Bedürfnis haben, immer wieder bereit, zu verhandeln. Auf die sachlichen Bedingungen ging der Vertreter des Exekutivkomitees nur kurz ein. Die Frage der Zellenbildung und Spaltungstendenzen ließ er sogar ganz unter den Tisch fallen. In bezug auf die Randstaaten sagt er, daß diese blühen — wenn sie auch in Wirklichkeit verhungern. Die Frage der Freilassung der politischen Gefangenen sei diskutabel unter der Voraussetzung, daß die andern Internationalen eine Abrechnung über die letzten Jahre haben wollten.

Zum Schluß machte Radek den sonderbaren, ihm selbst lächerlichen Vorschlag auf Gegenseitigkeit, die politischen Gefangenen aus den Gefängnissen in Deutschland und andern Ländern, sowie dann auch die in Rußland zu entlassen.

Die Ausführungen Radeks, deren Ton empörend war, haben auf die Mitglieder des Exekutivkomitees der 2. Internationale den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht. Sofort nach Schluß der gestrigen Vollsitzung, die mit der Rede Radeks beendet war, trat die Exekutive zusammen, um zu der Situation Stellung zu nehmen. Es wurde vereinbart, daß in der heutigen Vormittagssitzung **Mac Donald**, **Vandervelde** und vielleicht auch **Wels** auf die Ausführungen Radeks antworten und zum Schluß nochmals die gestern gestellten Bedingungen in entschiedener Form wiederholen.

Noch im Laufe des gestrigen Abends richtete Mac Donald an die Wiener Internationale ein Schreiben, in dem er von der Auffassung der 2. Internationale Kenntnis gibt.

* * *

Vertagung der internationalen Konferenz.

SPD. **Berlin**, 3. April. (Drahtbericht).

Die für Montag vormittag 10 Uhr anberaumte Weiterberatung der Internationalen Sozialistischen Konferenz wurde nach einem Vertagungsantrag Macdonalds auf nachmittags 3 Uhr festgesetzt. Aber auch diese Konferenz mußte verschoben werden, da während der Beratungen zwischen der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft ein Brief der Vertretung des Exekutivkomitees der Moskauer Internationale abgegeben wurde, dessen Inhalt auf gemeinsamen Beschluß der beiden Internationalen zunächst beraten werden sollte. Der Brief besagte, daß sich die Vertreter Moskaus eingehend mit der am Sonntag geführten Aussprache beschäftigt haben und sich von einer Weiterführung der Diskussion keine Förderung versprechen können. Die beiden Exekutiven werden deshalb gefragt, ob sie bereit sind, auf einem Kongreß, wie er von kommunistischer Seite vorgeschlagen wird, zu erscheinen oder welche weiteren Maßnahmen sie sonst beabsichtigen.

Der Brief stand in einer gemeinsamen Nachmittagssitzung zwischen der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft zur Beratung. Gegen 5 Uhr nachmittags wurde die gemeinsame Sitzung ohne ein endgültiges Ergebnis aufgehoben, damit die Exekutiven Gelegenheit zur Einzelberatung erhielten. — Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale tagte bei Abgang der Briefpost noch fort.

Der Berliner Russenmord.

Der Mordanschlag auf Miljukow in der Berliner Philharmonie wird noch immer in den Zeitungen eifrig besprochen. Einem Bericht der „Voss. Ztg." über den äußeren Verlauf der Versammlung, in der die Schüsse der zaristischen Mörder fielen, entnehmen wir das Folgende:

Der bekannte Führer der Konstitutionell-Demokratischen Partei, Professor **Miljukow**, der der erste russische Minister des Auswärtigen nach der Revolution war, kam nach Berlin, um einen Vortrag über die Wiederherstellung Rußlands zu halten. Als äußeren Anlaß dazu benutzte er seine Reise nach Amerika, von der er vor kurzem zurückkam. Dort hatte er Gelegenheit, das Verhalten der Regierung der Vereinigten Staaten und des amerikanischen Volkes zur Frage der künftigen Wiederherstellung Rußlands aus unmittelbarer Anschauung kennenzulernen.

Professor Miljukow führte aus, daß die amerikanische Regierung aufrichtig die Wiederherstellung Rußlands anstrebe und zwar nicht mit Hilfe einer etwaigen Intervention, sondern durch das russische Volk selbst. In der Stimmung des amerikanischen Volkes hat sich während der vierjährigen bolschewistischen Herrschaft ein Umschwung vollzogen. Wenn man sich in Amerika früher für den Bolschewismus als für ein interessantes, ideelles Experiment erwärmte, so ist jetzt der Bolschewismus in Amerika abgetan. Amerika steht auf dem Standpunkt, daß wirtschaftliche Zugeständnisse, wie sie jetzt von der Sowjetregierung vorgenommen werden, ungenügend seien, daß es vielmehr vor allem auf **politische** Zugeständnisse ankommt.

Dem amerikanischen Programm hat sich in der letzten Zeit auch der Oberste Rat der Entente genähert. Dabei hat er aber das amerikanische Programm verstümmelt. Die Entente ist bereit, sich mit den bloßen Versprechungen der Sowjetregierung zufrieden zu geben, ohne wirkliche Garantien zu verlangen. Dabei denkt Lloyd George, der Leiter der ganzen Ententepolitik Rußland gegenüber, eigentlich nicht an eine Wiederherstellung Rußlands, sondern vielmehr an Wiederherstellung des **Handels** mit Rußland. Infolgedessen verliert die ganze Aktion ihren geschäftlichen Charakter und wird zu einer bloßen politischen Demonstration. In Genua wird das russische Volk nicht mitsprechen können.

Was den Bolschewismus anbetrifft, so ist Professor Miljukow überzeugt, daß der Bolschewismus, der sich bereits in Zersetzung befindet, an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehen wird. Die Fortsetzung des Bolschewismus bedeutet eine Fortsetzung aller Schrecken der Hungersnot, der Seuchen, des Zerfalls. Es fragt sich nur, wer die Erbschaft der Bolschewisten übernehmen wird.

Professor Miljukow analysierte zum Schluß die verschiedenen russischen politischen Anschauungen, die den Bolschewismus bekämpfen. Er erklärte dabei, daß er sich weder dem demagogischen angeblich ultrarevolutionären Standpunkt der russischen Sozialrevolutionäre, noch den Richtungen anschließen könne, die eine Wiederherstellung der alten Staatsordnung anstreben. Er sei vielmehr Vertreter einer **Mittelstellung**, er hoffe, daß auf den Trümmern des bolschewistischen Rußlands ein neues demokratisches Rußland wieder entstehen werde. Ein günstiges Zeichen erblicke er in dem Erstarken des **Bauernstandes**, der jetzt nach den bösen Erfahrungen der Bolschewistenherrschaft seiner wahren Interessen sich wohl bewußt ist.

Der Vortrag Professor Miljukows war ruhig und sachlich und wurde von dem zahlreichen Publikum mit der größten Aufmerksamkeit angehört. Nur ein- oder zweimal machte sich eine kleine Opposition geltend, wobei es aber nicht klar war, ob sie von den Vertretern der rechten Parteien oder von den Bolschewisten ausging. Gegen [illegible] Uhr [illegible] Professor Miljukow eine Pause, um dann die Fragen, die an ihn etwa aus dem Publikum gestellt werden könnten, zu beantworten. Er kam aber nicht mehr dazu. Als er das Podium verlassen wollte, fielen nacheinander Schüsse, die von einem oder mehreren Männern etwa 20 Schritt vom Podium entfernt abgegeben wurden. Man glaubte zuerst, es seien Schreckschüsse; es zeigte sich aber nur zu bald, daß es sich um einen sorgfältig vorbereiteten Anschlag handelte.

Ueber die Persönlichkeit des an Stelle Miljukows getöteten Professors **Nabokow** macht der ihm befreundete Schriftleiter der russischen Zeitung „Rul" in der „Voss. Ztg." folgende Angaben: Seiner Herkunft und Erziehung nach gehörte Nabokow zur höheren Aristokratie. Als ich ihn kennen lernte, war er Kammerjunker des Zaren und arbeitete in einer der vornehmsten Zirkel der zaristischen Bureaukratie. Es gereicht ihm zur besonderen Ehre, daß er sich ohne Zögern und ohne Bedenken von der gewohnten höfisch-aristokratischen Umgebung lossagte und sich entschlossen einer neuen Bahn zuwandte, die er furchtlos verfolgte, bis ihn die Kugel des Mörders niederstreckte.

Ueber die Vernehmung der Mörder, die zur gleichen Menschenklasse gehören wie die deutschen Erzbergermörder, haben wir bereits berichtet.

Die Weinaffäre Hermes.

Berlin, 1. April.

Wie die „Freiheit" schreibt, hat Dr. Hermes im ganzen 662 Flaschen Wein vom Winzerverband in Trier bezogen und zwar 187 Flaschen die Flasche zu 3 Mark, 125 Flaschen, darunter auch Sekt, die Flasche ebenfalls zu 3 Mark, 100 Flaschen zu einem Flaschenpreis von 5 Mark, 250 Flaschen zu einem Flaschenpreis von 7,50 Mark. Das preußische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat sich im Februar 1921 beschwerdeführend an das Reichsernährungsministerium gewandt, weil die Verteilung der dem Winzerverband gewährten Zuckersonderzuweisung unter Umgehung Preußens erfolgte. Das Landwirtschaftsministerium hat ferner um Aufklärung gebeten, wie es möglich sei, daß der Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer in der Lage sei, Weinzucker zum Preise von 14 Mark das Kilo zu erhalten, während ein anderer Verband zur gleichen Zeit 21—22 Mark für das Kilo bezahlen mußte.

Die Krise der USP.

Die Partei der Unabhängigen hat lange genug, allzulange, den klaffenden Riß, der durch sie hindurchging, zu verkitten und zu übertünchen versucht. Noch bis in die allerletzte Zeit hinein galt vielen unabhängigen Blättern das Wort von der „Krise der USP." als eine boshafte rechtssozialistische Erfindung. Jetzt schreibt das unabhängige Zentralorgan, die „Freiheit", selbst zu den letzten Berliner Vorgängen: „Im Grunde hängt diese Krisis unserer kommunalpolitischen Vertretung innerlich zusammen mit den anderen Krisen, die in der Reichstagsfraktion und zwischen der „Freiheit"-Redaktion und der Parteizentrale aufgetreten sind." Man hat jetzt also die parteioffizielle Bestätigung dafür, daß sich die USP. in einer Krise befindet. Diese Krise, so möchten wir hinzufügen, ist ein Teil des allgemeinen Auflösungsprozesses, in den alle krankhaften politischen Neugebilde links der Sozialdemokratie schon längst eingetreten sind.

Es sind jetzt noch keine 6 Jahre verflossen, seit in der politischen Arbeiterbewegung Deutschlands der erste Bruch erfolgte und sich von der Sozialdemokratischen Partei die USP. absonderte. Der nach links gerissene Teil erfuhr seitdem so viele innere Brüche und Zerreißungen, daß nur ein Statistiker die genaue Zahl angeben könnte. Seit 1918 hat es nicht weniger als 3 Linksgruppen gegeben meist aber 4 oder 5. Diese Gruppen ballen sich zusammen, platzen auseinander, die auseinandergeplatzten Teile vereinigen sich vorübergehend mit anderen Gruppen, die dann auch wieder bald auseinanderplatzen und so fort bis ins Unendliche.

Die neue Spaltung, vor der die USP. steht, ist also durchaus nicht die erste, aber sie ist die entscheidende. Sie wird wahrscheinlich den ganzen Spaltungsprozeß zu Ende bringen, in der Weise, daß die Sozialdemokratische Partei wieder von den gesamten Arbeitermassen als die einzige Arbeiterpartei anerkannt werden wird, wobei natürlich mit dem Zurückbleiben kleiner aufgeregter, aber einflußloser Minderheiten gerechnet werden muß.

Im Berliner Stadtparlament haben sich unabhängige Stadträte und unabhängige Gemeindeverordnete vor versammeltem Publikum beinahe geprügelt. Die Unabhängigen Magistratsmitglieder sahen sich genötigt, eine Erklärung gegen die wüste Demagogie der Unabhängigen Stadtverordnetenfraktion abzugeben, sie wurden aber daran durch

körperliche Gewalt verhindert und konnten ihre Erklärung nachher nur in die Presse bringen. In einer dramatischen Szene ist hier der unvereinbare Gegensatz klar geworden zwischen den ihrer Verantwortung bewußten Arbeitervertretern auf der einen Seite und den unentwegten gedankenlosen Phrasendreschern und Agitationspolitikern auf der anderen Seite.

Zwischen Unabhängigen, die nicht bloß radikale Phrasen dreschen, sondern ernste Arbeit leisten wollen und Sozialdemokraten, kann es gar keine grundsätzlichen Differenzen geben. Sie sind tatsächlich eins. Ueberall, wo praktisch gearbeitet werden muß und wo sich die Unabhängigen genötigt sahen, die Hand mit anzulegen, hat sich zwischen ihren verständigeren Elementen und den Sozialdemokraten ein weitgehendes Einverständnis herausgebildet. Das gilt für die Länder mit sozialistischer Mehrheit und sozialistischer Regierung, das gilt für die kommunale Arbeit, das gilt auch für die Arbeit der beiden Reichstagsfraktionen.

Die Unabhängigen sind eben überall in derselben Lage. Entweder sie müssen mit den Sozialdemokraten zusammen positive Arbeit verrichten, oder sie geraten in einen Zustand, in dem sie dem sozialdemokratischen Programm des Aufbaues nichts, aber auch garnichts entgegenzustellen haben, als einen Haufen konfuser Redensarten. Das haben alle intelligenten Köpfe der USP. begriffen. Wird die Rechte dieser Partei abgestoßen oder auch nur kaltgestellt, so bleibt ein unbeschreibliches Etwas zurück, das in kürzester Zeit vollends zu Brei zerfließen muß. Eine Partei, ohne Programm, ohne Ideen, ohne führende Köpfe, ohne schreibkundige Zeitungsmenschen und daher bald auch ohne Anhänger. Wenn die Linke als Chefredakteur der „Freiheit" Hilferding so lange geduldet hat, wenn die Reichstagsfraktion immer noch Breitscheid als Redener in allen wichtigen Debatten vorschickt, so geschieht das wahrlich nicht aus Toleranz, sondern nur aus Verlegenheit. Darauf beruht die Stärke des rechten Flügels, daß die ganze Partei sich in geistiger Abhängigkeit von ihm befindet und daß sie nach seinem Abgang ganz hilflos werden muß.

Die Krise der USP. ist natürlich auch eine Krise für ihren rechten Flügel selbst. Innerlich trennt ihn von der Sozialdemokratischen Partei nichts mehr. Aeußerlich bleibt die Rückkehr zur alten Partei ein schwieriger Vorgang. Es ist heute noch nicht gewiß, ob der rechte Flügel in der nächsten Zeit einfach wieder in der Sozialdemokratischen Partei aufgehen wird oder ob er ganz oder teilweise in der USP. verbleiben wird, um diese als Ganzes für die Wiedervereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei reif zu machen. Wie sich aber die Dinge in der USP. schon entwickelt haben, werden schärfste Zusammenstöße, die neue Spaltungen zur Folge haben, kaum mehr zu vermeiden sein.

Die USP. kann tatsächlich nichts anderes mehr, als durch ihren eigenen Zerfall ein Bild der Zerrüttung geben, die durch die Spaltung in die ganze Arbeiterbewegung hineingetragen wurde. Es ist ein schmerzensvoller und peinlicher Prozeß, der sich da vollzieht und man muß im Interesse des Ganzen wünschen, daß er so rasch wie möglich seinen Abschluß finden möge.

Ein lästiger Ausländer.

Die Landtagsabgeordneten Genossen Scholich, Srowig und Winzer haben folgende kleine Anfrage gestellt:

In dem Kolleg über deutsche und preußische Verfassung, das Professor v. Freytag-Loringhoven in dem Wintersemester 1921/22 auf der Universität in Breslau liest, äußert er unter anderem folgende Ansichten:

Die gegenwärtige Republik besteht zu Unrecht. In Wirklichkeit haben wir noch eine Monarchie; es fehlt lediglich der Monarch. Drei Gründe sind beweiskräftig dafür, daß die Republik nicht zu Recht besteht:

1. hat ein kaiserlicher Staatssekretär die Republik ausgerufen, was er in seiner Eigenschaft als Beamter nicht tun durfte, was vielmehr als Hochverrat anzusehen ist;

2. hat der Kaiser zwar als deutscher Kaiser, nicht jedoch gleichzeitig als König von Preußen abgedankt, was auch nicht angängig ist, wie Prinz Max von Baden, der dies wohl wußte, ihm hätte sagen müssen;

3. hat Max von Baden als Reichskanzler Ebert zum Reichskanzler ernannt, was verfassungswidrig war. Daraus folgt auch, daß die Nationalversammlung zu Unrecht bestand und somit ihre sämtlichen Beschlüsse keine Gültigkeit haben.

Dieser Professor Baron von Freytag-Loringhoven ist Ausländer aus dem Baltikum und dürfte ohne Zweifel einer der lästigsten Ausländer sein. Während des Kapp-Putsches war er im Generalkommando in Breslau als rechte Hand des berüchtigten Freikorpsführers Oberleutnant von Aulock tätig. Vor kurzem wurde dieser aus Rußland eingewanderte Universitätsprofessor, der in zahllosen Versammlungen und Zeitungsartikeln die Autorität der Reichs- und Staatsregierung durch wüste Angriffe herabsetzt, „wegen Beleidigung zu 600 Mark Geldstrafe rechtskräftig verurteilt". Dabei sah das Gericht strafverschärfend an, daß der Beleidigte, ein Lehrer und Kreisdeputierter, den von Freytag-Loringhoven höhnend als „Eli Kanalgeruch" wiederholt bezeichnete, sich in jeder Weise der Achtung seiner Mitbürger erfreue und daß gerade er als Universitätsprofessor und Jugendbildner die Pflicht habe, sich wie ein verständiger Mensch auszudrücken.

Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um dieser Verhetzung durch einen Ausländer ein Ende zu bereiten?

Fünf Jahre russische Revolution.

Fünf Jahre sind es jetzt, seit in den Märztagen des Jahres 1917 die Flamme der Revolution in Petersburg emporzüngelte und in wenigen Tagen das ganze Zarenreich erfaßte. Fortgefegt wurde die zaristische Monarchie, zertrümmert wurden die Machtpositionen des Hofes, des Junkertums, des hohen Klerus, und auf den Trümmern des zusammengebrochenen Zarentums erhob sich, getragen von der Welle der Revolution, die demokratische Republik, in der die proletarischen Parteien schnell einen sehr großen Einfluß gewannen und gestützt auf die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte einen großen Teil der politischen Macht an sich rissen.

Die Periode, die unmittelbar nach der Märzrevolution einsetzte, war gekennzeichnet durch ein ungeheures Anwachsen der Massenbewegung in Stadt und Land und durch die Aufrollung aller jener politischen, wirtschaftlichen und nationalen Probleme, die schon vor der Revolution des Jahres 1905/06 auf die Tagesordnung der Geschichte gestellt waren. Jetzt traten alle diese Probleme in einem Zeitpunkt in den Vordergrund, in dem die Situation durch den Weltkrieg erschwert und aufs äußerste kompliziert war. Die siegreiche revolutionäre Demokratie verkündete zwar vom ersten Augenblick an der ganzen Welt ihre Bereitschaft zu einem annexionslosen Frieden, sie stieß aber im eigenen Lande auf den Widerstand der großkapitalistischen Kreise, die mit allen erdenklichen Mitteln das Friedenswerk sabotierten, und sie fand andererseits weder in den Mittelmächten, noch in den Ententeländern jene nachhaltige Unterstützung der breiten Volksschichten, die notwendig gewesen wäre, um die Widerstände der Imperialisten und Militaristen zu brechen und die russische Revolution zum Ausgangspunkt eines allgemeinen Verständigungsfriedens zu machen.

Gewiß, die Friedensbotschaft der russischen Arbeiter- und Soldatenräte, der sich auch die provisorische Regierung anschloß, erschien den leidenden und blutenden Volksmassen aller Länder als ein neues Evangelium, aber bevor diese sich noch auswirken konnte, war die russische Revolution bereits zum Spielball der diplomatischen Intriguen und Treibereien geworden. Dies bewirkte nicht nur eine fortgesetzte Verschlechterung der außenpolitischen Stellung der russischen Revolution, führte nicht nur zu der unglücklichen Kerenski-Offensive im Juli 1917, es schuf vielmehr auch im Innern des Landes eine Situation, die die Aufbauarbeiten der Revolution gefährdete und den aus der Tiefe drängenden anarchistischen, chaotischen Elementen die Bahn frei machte.

Je länger sich der Friedensschluß hinzog, desto unzufriedener wurden die Arbeitermassen in den Städten, desto stürmischer das Drängen der Front nach einem Frieden um jeden Preis, desto zügelloser erhob sich der Ruf nach Landzuteilung in den Dörfern des Reiches.

Die Märzrevolution hatte neben dem Frieden, dem Achtstundentag und der Sozialgesetzgebung ja vor allen Dingen auch die Enteignung des großen Grundbesitzes und eine radikale Agrarreform zugunsten der Bauernschaft auf ihre Banner geschrieben. Alle diese grundlegenden Reformen sollten durch die Allrussische Konstituierende Versammlung verwirklicht werden. Aber die Einberufung dieser Versammlung mußte immer wieder verschoben werden, weil die vorbereitenden Arbeiten nicht abgeschlossen werden konnten; der Frieden blieb aus, weil die auswärtigen Regierungen im Verein mit der russischen Bourgeoisie das Friedenswerk sabotierten, und die Landzuteilung an die Bauern konnte nicht verwirklicht werden, weil die Konstituante nicht einberufen war und die Verkündung der Landaufteilung den sofortigen Zusammenbruch aller Fronten bedeutet hätte. So bewegten sich die Ereignisse in einem fehlerhaften Kreise, aus dem kein Ausweg erschien, wenn nicht endlich der eiserne Ring des Krieges, der die Revolution hemmte, durchbrochen wurde.

Der Durchbruch kam in den Novembertagen 1917, als die Bolschewisten unter der Parole „Alle Macht den Räten"! die Regierungsgewalt an sich rissen, den sofortigen Frieden dekretierten, den gesamten Grund und Boden den Bauern übergaben und an die Nationalisierung der Industrie, der Banken, des Handels usw. herangingen. Sie unternahmen ihren Staatsstreich, um — wie sie erklärten, die Einberufung der Konstituante sicherzustellen. Als diese jedoch nach einigen Wochen zusammentrat, wurde die Versammlung durch die bewaffnete Macht auseinandergejagt und das Exekutivkomitee der Sowjets zum Träger der obersten Regierungsgewalt erklärt. Gleichzeitig wurden die politischen und bürgerlichen Freiheiten — Versammlungsrecht, Pressefreiheit, Vereinsrecht usw. — aufgehoben, das Parteileben unterdrückt, jede freie Organisationsmöglichkeit unterbunden und ein Zustand geschaffen, in dem unter dem Deckmantel der angeblich durch die Sowjetverfassung geschaffenen „Diktatur des Proletariats" die Diktatur der Kommunistischen Partei über die ungeheure Mehrheit des Volkes aufgerichtet wurde.

Der Machtbereich dieser Diktatur reichte freilich kaum über die Grenzen der Städte hinaus. Das flache Land, die 130 Millionen Bauern waren sich selbst überlassen und führten in wilder, anarchischer Form die Agrarreform durch, indem sie den großen Grundbesitz unter sich aufteilten. Die Nationalisierungsdekrete der Sowjetregierung sanktionierten entweder nachträglich das, was die Bauern in ihrem elementaren Drange bereits vollbracht hatten, oder sie blieben, wenn sie mit den Wünschen und Anschauungen der Bauern in Widerspruch standen, einfach auf dem Papier stehen. Dieses isolierte Dasein der Bauernschaft setzte aber zugleich die Sowjetregierung in den Stand, gestützt auf die zentralen Verwaltungsbehörden, die Verkehrswege und die Rote Armee, gemeinsam mit den oberen Schichten der Arbeiterschaft die Regierungsgewalt auszuüben und ihre Machtposition zu befestigen.

Der Widerspruch zwischen den Bestrebungen der kommunistischen Sowjetregierung und den privatwirtschaftlich eingestellten Millionen der Bauernschaft (der neuerdings durch die Proklamierung der „neuen Wirtschaftspolitik" aus der Welt geschafft werden soll) wäre sicherlich viel früher in die Erscheinung getreten und hätte zum Zusammenbruch der bolschewistischen Herrschaft geführt, wenn nicht die Interventionspolitik der Entente und die Aufstände der Weißgardisten unter der Führung Denikins, Koltschaks, Wrangels usw. die Massen der Bauernschaft zu treuen, opfermütigen Verbündeten der Sowjetregierung gemacht hätten. Angesichts der Gefahr der Wiederherstellung der Junkerherrschaft zogen die Bauern es vor, sich die Herrschaft der Sowjets gefallen zu lassen, mochte diese auch mit Zwangsrequisitionen, Rekrutenaushebungen usw. verbunden sein. Und gegenüber der Gefahr der Zerstückelung Rußlands durch die ausländische Intervention schlossen sich nicht nur die Bauern, sondern auch zahlreiche bürgerliche Elemente der Sowjetregierung und der Roten Armee an, weil sie in diesen die einzige Repräsentantin einer zentralen Macht und eines ungeteilten Rußlands erblickten.

Erst die Einstellung der Interventionspolitik und der Abschluß des Friedens an allen Fronten hat die inneren Widersprüche und Gegensätze des sowjetrussischen Regimes zum Durchbruch gebracht. Von dieser Zeit datiert auch die „Rückwärts"-revidierung des bolschewistischen Programms, das heißt der Abbau aller jener Maßnahmen und Einrichtungen, die unter vollständiger Verkennung der ökonomischen Grundlagen Rußlands und der Bedingungen der weltrevolutionären Entwickelung in abenteuerlicher Weise geschaffen worden waren. Denn mehr und mehr sahen sich die bolschewistischen Machthaber genötigt, jene Wege des ökonomischen Aufbaus und der internationalen Politik zu beschreiten, die ihnen schon seit Jahren von den verfemten Menschewisten gewiesen worden waren. Mehr und mehr sahen sie sich genötigt, von ihren Experimenten zu lassen und den realen Forderungen der Bauernschaft und der immer stärker hervortretenden kapitalistischen Schichten Rechnung zu tragen, um einen [illegible] lands zu finden und durch die Wiedereingliederung des russischen Reiches in die Weltwirtschaft eine Grundlage für seine Existenz zu schaffen.

Der fünfte Jahrestag der russischen Revolution findet Rußland in einer Verfassung, die auch nicht im entferntesten den Wünschen und Idealen jener entspricht, die seit Jahrzehnten für die Revolution gekämpft haben. Formell herrscht zwar eine „proletarische" Regierung, aber diese ist losgelöst von den Massen des dezimierten, hungernden und ausgebeuteten Proletariats und herrscht nach Methoden, die eher denen des zaristischen Rußlands, als denen einer demokratischen Republik beziehungsweise einer proletarischen Demokratie entsprechen. Das Wirtschaftsleben des Landes liegt schwer darnieder, die Finanzen sind ruiniert, die Verpflegungs- und Ernährungsverhältnisse geradezu traurig und durch die große Hungerkatastrophe auf das äußerste bedroht.

Bei der russischen Revolution hat sich, in einer andern geschichtlichen Umgebung, in der kurzen Spanne von 5 Jahren ein ähnlicher Prozeß vollzogen wie in der großen französischen Revolution: die Fesseln des feudalen Grundbesitzes sind endgültig gesprengt, Grund und Boden ist in den Besitz der Bauernschaft übergegangen, die Herrschaft der Kirche ist auf ein Minimum beschränkt, die politische Macht der Bourgeoisie gebrochen: das sind die politischen und wirtschaftlichen Aktivposten der Revolution. Darüber hinaus konnte sie nicht gelangen, weil die ökonomischen Voraussetzungen für eine weitergehende Entwickelung in Rußland noch nicht gegeben sind. Die kommunistische Illusion, daß man die Entwickelung mit Gewalt beschleunigen könne, und daß die Ausübung der politischen Macht durch eine proletarische Partei genüge, um den Kommunismus zu verwirklichen, hat vom russischen Proletariat zahlreiche Opfer gefordert, ohne seine allgemeine Lage wesentlich gebessert zu haben. Die russische Arbeiterklasse steht im Gegenteil geschwächt, zersplittert und enttäuscht den neuerstandenen Mächten des Kapitalismus gegenüber.

Volkswirtschaft.

Scharfe Steigerung der Baustoffpreise.

Das Reichsmietengesetz sieht neue Milliardenzuschüsse zum Wohnungsbau vor. Die Preisbewegung am Baustoffmarkt jedoch eilt der hierdurch zu erwartenden Belebung am Baumarkt weit voraus. Nach der Zusammenstellung der Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft" betragen die Baustoffpreise in Deutschland für eine Wohnung mit 70 Quadratmeter Wohnfläche:

Baustoffe	1. Juli 1914 Mark	1. März 1922 Mark
Mauersteine	700,—	29 957,—
Zement	60,—	1 897,50
Stückenkalk	73,—	3 046,95
Gips	12,50	358,40
Dachsteine	243,50	8 546,89
Rohrgewebe	23,50	735,—
Kantholz	264,—	13 925,—
Fußboden	152,50	6 090,10
Zink	55,50	2 682,68
Summa	1 584,50	67 248,43

Die Preise der hauptsächlichsten Baustoffe für eine Wohnung sind also von 1584,50 Mk. am 1. Juli 1914 auf 67 248,43 Mk. am 1. März 1922 gestiegen. Wird der Preis vom 1. Juli 1914 gleich 100 gesetzt, so ist bis zum 1. März 1922 eine Preissteigerung der Baustoffe von rund 4244 Proz. zu verzeichnen. Anfang März betrug also die Indexziffer für die Baustoffe 4244. Nehmen wir die für Anfang Januar errechnete Indexziffer von 2835 zum Vergleich, so ergibt sich allein für die ersten beiden Monate des neuen Jahres eine Preissteigerung von 50 Prozent.

Mit anderen Worten: der Sachwert der beschlossenen Baukostenzuschüsse hat sich um ein Drittel gemindert, es konnten Anfang März für den gleichen Betrag nur zwei Drittel soviel Baustoffe beschafft werden, als nach der ausgeworfenen Summe beabsichtigt war.

Nicht nur der Staatshaushalt, auch der geringe Teil des Produktionsetats, der gemeinwirtschaftlich gebunden ist, wird durch die Geldentwertung über den Haufen geworfen. Eine Abhilfe ist nur möglich, wenn der dafür ausgeworfene Betrag sich nicht auf einen festen Geldstand stützt, wie das jetzt der Fall ist, wo man von der Friedensmiete ausgeht, sondern wenn auch diese Summen der Geldentwertung angepaßt werden. Erscheint doch die Erhöhung der Baustoffpreise um 50 Proz. noch gering, wenn man sich daran erinnert, daß am Anfang März, als sie ermittelt wurden, die große Verschlechterung der Valuta noch nicht eingetreten war, die sich bekanntlich sehr rasch in den Preisen der Baustoffe auszuwirken pflegt.

Devisen-Kurse.

Berlin, 4. April.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		3. April.	1. April.
Amsterdam	100 fl.	12131.80	11086.10
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2691.60	2516.65
Kristiania	100 Kr.	5742.80	5288.15
Kopenhagen	100 Kr.	6766.50	6232.20
Stockholm	100 Kr.	8339,55	7710.35
Helsingfors	100 finn. Mk.	629.20	587,25
Rom	100 Lire	1675.40	1548.85
London	1 £	1405.70	1298.85
New York	1 Doll.	319.60	297,62
Paris	100 Frs.	2876.40	2798.55
Zürich	100 Frs.	6182.80	5962.60
Madrid	100 Pesetas	4858.90	4684.10
Wien	100 K.	4.25½	3.98
Budapest	100 K.	36.95	34.75
Prag	100 K.	608.70	555.80

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
Angekommen am 3. April.						
D.		Albatros	Kantel	Flensburg		11
D.		Tros	Beutin	Cöln	9	
D.		Masuren	Pein	Frederikstadt	2	
Angekommen am 4. April.						
D.		Elisabeth	Robrecht	Hamburg	1	
	S.	Anna	Kaat	Marstal	2	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. [illegible]

Lübeckische Grundsteuer.

Steuerpflichtige, die mit Zahlung der 4. Rate Grundsteuer für 1921 im Rückstand sind, werden mit Genehmigung des Landesfinanzamts hiermit aufgefordert, den Rückstand nunmehr innerhalb einer Woche, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet, an die Finanzkasse in Lübeck, Fleischhauerstraße 20, an den Werktagen, außer Donnerstags, zwischen 8 und 12 Uhr zu entrichten oder durch Bank- oder Postscheckkonto zu überweisen, andernfalls **Zwangsvollstreckung** eintritt. Es liegt im Interesse des Publikums, sich möglichst des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu bedienen.

Lübeck, den 3. April 1922.

130) **Das Finanzamt.**

Willy Müller
Berta Müller
geb. Letgrün (140
Vermählte.

Für die vielen Geschenke u. Gratulationen danken herzlich. D. O.

Am Sonnabend verstarb unser Genosse (128

Heinrich Treumann

im Alter v. 21 Jahr.

Ehre sein Andenken

Treffen z. Beerdig. Mittwoch 1¾ Uhr a. d. Vorwerk. Friedh.

Der Vorstand

Allen, die meiner Frau, unserer guten Mutter und Schwiegermutter die letzte Ehre erwiesen haben, besonders dem Sozialdemokr. Ver. Stockelsdorf, dessen neues Banner zum ersten Male einer Genossin die letzte Ehre erweisen konnte, und dem Gen. Knapp für die so überaus trostreich gesprochenen Worte am Grabe sagen Herzlichen Dank (117

Friedrich Sieling
und Kinder.

Jg. saub. Frau sucht zu sofort Stelle als Haushälterin. Ang. unt. A 89 (119

Gesucht 1 Junge der Ostern die Schule verläßt zum Kühehüten
114) **A. Hamer,**
Stems bei Waldhusen.

Kinderl. Ehepaar sucht kl. 2-Zi.-Wohnung m. K. geg. gr. 2-Zi.-Wohn. z. t. v. Holstent. Ang. u. A 91 (188

Grube zu verkauf.
141) **Tralau,**
Krempelsdorfer Allee 68.

---

1 alter Kinderwagen z. vk.
112) Depenau 7/5.

Zugänger und Hündin zu verkaufen (120
Kolonie 163.

Siedler sucht zu sofort 10 000 Mk. Ang. unt. **A 90** an die Exp. (126

Jede Art Wäsche wird sauber gewaschen u. ausgebessert. Frau **Dreier**, Moislinger Allee 144, I. (11)

Viel Geschrei
und unsinnige Versprechungen mache ich (104
nicht.
Für Gold-, Silber-, Platin-, Doublee-Sachen u. Bruch, für alte Münzen, Gebisse u. einzelne Zähne zahle ich
aber
nachweislich
die besten Preise
und bediene Sie nach jed. Richtung grundreell, fachmännisch und gewissenhaft.
Westehling
32 Holstenstr. 32
Eigene Schmelze, daher kein Zwischenhandel.

Eimerbier
Dienstag von 3—6 Uhr nachmittags.
57) **H. Bade.**

Mauser-Pistolen
mit Anschlagkolben,
Browning-Pistolen,
Doppelflinten,
Drillinge, (129
Büchsen, Teschings,
Revolv., Luftbüchsen
Patronen,
Theater- u. Jagdgläs.
Prismengläser,
Zielfernrohre,
auch defekte, kauft
Johs. Vitur, Lübeck,
Holstenstr. 13-15.

Billige Feuerung
Schöner Torfgrus.
Prima Mull
als Dünger
billig abzugeben.
142) **Adlerstraße 4.**

Fugenlose
Trauringe

Feingoldlegierung
(gelb) garant. gesetzl. Stempel u. Feingehalt
! Billigste Preise !
C. Porté,
Trauringfabrikation
nur (109
26. Fleischhauerstr. 26.

Zur Krise
der
kommunist. Partei Ungarns.
Internationale organisator. Mißstände
Mk. 12.—
Buchhandlung
Friedrich Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Gelegenheitskauf

von Taschenuhren in Gold, Silb. Nickel, Schweizerwerke, unter Garantie, zu einem annehmbaren Preis, gold Trauringe, Wand- und Weckuhren, Rep.-Werkst.
Matern, Uhrmacher,
Beckergrube 26. (102

Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch
Ersetzt eine ganze wirtschaftliche Bibliothek.
15.— Mk.
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Paul Levi:
Unser Weg.
Wider den Putschismus
4 Mark.
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

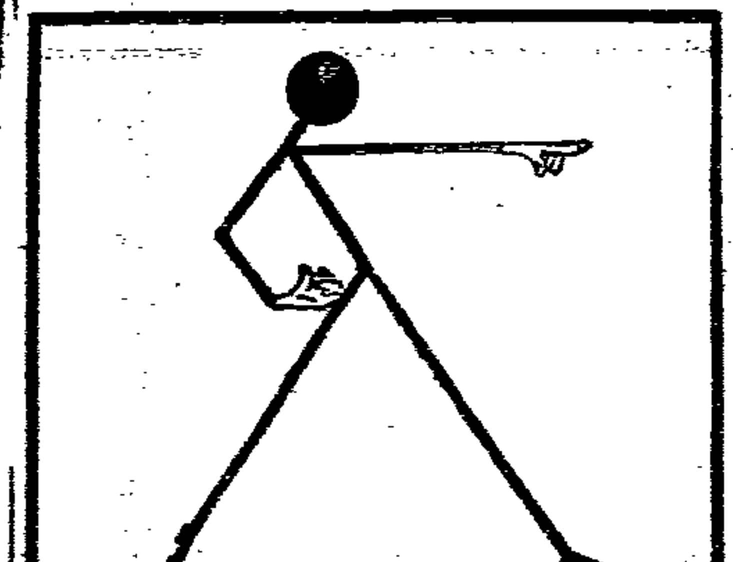
Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller Henkel & Co. Düsseldorf
108

Dr. med. Schmidt
Facharzt für Kinderkrankheiten
Lübeck, Breite Str. 38/Beckergrube 31.
Sprechstd. vorm. 9—10, 3¾—5 nachm.
(Mont. u. Mittw. 4½—5). Tel. 1594.
Bei allen Krankenkassen zugelassen.

Alt-Eisen, alte Maschinen Dampfkess. j. Art
Huf- u. Schmiedeeisen, Späne-, Schmelz-Gußbruch.
Alt-Metalle,
Kupfer, Messing, Zink Blei, Stanniol, Späne

L. Lissianski, Lübeck, Obertrave 19.
Großhandel. Fernspr. 876. Kleinhandel.
110)

Felle, Tierhaare, Papier usw. kaufe laufend ab jed. Ort jeden Posten. — Beste Absatzquelle für Händler, Klempner. Schmiede. **Fabrikationsbetriebe.**



Sie sollen mich kennen lernen
und weiter von mir hören. Ich wohne
50 Hüxstr. 50
Meine Telefon-Nr. ist
2873.

143a)

Das auf Parteitagsbeschluss angefertigte
Partei-Abzeichen
in Form einer schmuckvollen metallenen Anstecknadel ist in der Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu haben.
Preis Mk. 8.—
Das Wahrzeichen der Sozialdem. Partei trägt jeder überzeugte Genosse!

!! Strömt herbei ihr Völkerscharen !!

Kann Ihnen bis nächsten Dienstag folgende Preise zahlen:

Ich stelle es jedem anheim, mich zur Anzeige zu bringen, falls ich nicht nebenstehende Preise prompt auszahle, ohne jemand zu locken. Wegen Andranges achten Sie bitte auf Gewicht u. Auszahlung.

Bitte ausschneiden!

NB. Bei Verkauf von Metallen u. Eisen ist Anmeldeschein oder Steuerschein mitzubringen.

Für Knochen,	pr. kg	M. 2.30
„ Schw. Eisen	„ „ „	2.70
„ Hausstandslumpen		M. 3.—, 5.—, 8.—
„ Schw. Papier		M. 3.40
„ Trockene Landschweinshaare		M. 20.—

Für Stutz-, Krollhaare, sämtliche Felle, sowie alte Metalle höchste Tagespreise. Ankauf nur

5 Hartengrube 5
R. Lissauer. (136

Bringen Sie bitte diese Offerte mit

Tonhalle

Im Hafen. 5 Akte, **Sittenfilm.**
Koenupved, d. gr. Unbekannte, 5 Akte.
Lieber ins Kittchen, Lustspiel 3 Akte.
Kleine Preise.
billigster **Platz 4 Mark,** ohne Steuer.
Große Bilder. (131

Lübeckisches Sinfonie- und Stadttheater-Orchester.

Freitag, den 7. April
abends 7.30 Uhr: (139

Gr. Volkstüml. Konzert
(Slawischer Abend)
im Gewerkschaftshaus.

Leitung: Herr Kapellmeister **Karl Mannstaedt.**
Solist: Herr **Kurt Heimberg,** Heldentenor.

Für diesen genußreichen und schönen Abend, Eintritt nur 3.50 M., wäre zu wünschen, daß das Konzert ausverkauft wird, um zu zeigen, daß die Lübecker ihr Orchester nicht fallen lassen wollen.

Kolosseum
Jeden Mittwoch und Sonnabend Kassenöffn. 6½ Uhr.
Ball
Heinrich Ohde.
1(7)

Luisenlust Jeden Mittwoch **Ball.**
.06) **Damen** Eintritt frei.
Freitag, den 7. April:
Gr. Benefizball der Hauskapelle.

Volksbühne zu Lübeck

Mittwoch, den 5. April, abends 7½ Uhr
in den **Zentralhallen,** Dankwartsgrube

Oeffentl. Versammlung

Tagesordnung:
1. **Stadttheater u. Volksbühne,** Redner: Rechtsanwalt Haessler u. Dr. Pieth, M. d. B.
2. Freie Aussprache.

Rettet das Theater für die Volkskunst!
Näheres Plakate. (123

S.P.D.-Metallarbeiter!

Donnerstag, den 6. April
abends 7½ Uhr:

Fraktions-Versammlung
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Wichtige Verbandsangelegenheiten.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist Eure Pflicht, in dieser Fraktionssitzung zu erscheinen. Mitgliedsbuch der Partei und Verbandsbuch sind mitzubringen und vorzuzeigen. Ohne diese hat niemand Zutritt.

137) **Der Fraktionsvorstand**

Zahn-Praxis
im Hause des **Biophon-Theaters**
E. Lehmann,
Breite Str. 52. Fernruf 2773.
Sprechstunden: 9—12 und 2—7 Uhr.
Sonntags 9—12 Uhr. (105

D. T. V.
(135
Vorstandssitzung
am Mittwoch, 5. April
abends 7 Uhr
im Bureau.

Zentral-Verband der Zimmerer.
Bezirk Lübeck.

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 5. April
abends 7½ Uhr,
bei Lender, Hundestraße 41.

Tagesordnung:
1. Bericht von den Lohnverhandlungen.
2. Bericht vom Ortsausschuß.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.

103) **Der Vorstand.**

Sämtliche Platzdelegierte müssen erscheinen.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 5. April,
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:
1. Bericht von den Lohnverhandlungen.
2. Wahl der Vertreter zur Generalversammlung.
3. Wahl von Hilfskassierern.
4. Innere Verbandsangelegenheit.

Der Vorstand.

NB. Vorstandsmitglieder und Obmänner der Zahlstellen 6½ Uhr Sitzung daselbst. (132

Turnhallen-Bauverein Lübeck. Eingetr. Verein.

General-Versammlg.
am Mittwoch, 12. April
abends 8 Uhr
bei **Friedr. Lender,**
Hundestr. 41.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Wahlen.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
127) **Der Vorstand.**

Verein für Ferienkolonien.

Jahres-Versammlung
Mittwoch, den 5. April
5 Uhr (113
Glockengießerstraße 4.

Sozialdemokr. Verein Lübeck.
(122
Donnerstag, den 6. April
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus
Vorstand und Ausschuß
(einschl. Bezirksführer).

Wichtige Tagesordnung, daher Erscheinen Pflicht.

Der Vorstand.

NB. Die Ortsgruppen-Vorsitzenden oder deren Stellvertreter haben Sitz und Stimme im Ausschuß.

---

8. Distrikt
Mittwoch, den 5. April
abends 7½ Uhr,
im „Sumpfkrug".
Ziegelstraße

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Vortrag des Gen. H. Radden.
2. Wahl des Distrikts- und der Bezirksführer.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Distriktsführer.
Lotzow.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.
(134
Betriebsräte- und Vertrauensleute!
Mittwoch, den 5. April
abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Die Ortsverwaltung.

Lübecker Lichtspielgemeinde.
133
Donnerstag, den 6. April
abends 7 Uhr
in der Stadthalle.
Vortrag des Herrn Dr. Archenhold-Berlin
Die Wunderwelt der Sterne.
Der verlorene Schatten
Nachmittags 4 Uhr:
Jugendvorstellung.
Karten bei F. Nagel, am Markt.

Hansatheater.
Heute Dienstag, 7½ Uhr:
Mascottchen.
Mittwoch: (124
Geschlossene Vorstell.
Donnerstag, 7½ Uhr:
Mascottchen.

Stadttheater Lübeck

Dienstag, 4. April, 7.30: Gastspiel v. Kammersänger **Batteux** v. der Staatsoper Berlin als Nureddin in: **Der Barbier von Bagdad.** 32. Ab.-Vorst. Bchst. D.

Mittwoch, 5. April, 7.30: **Wilhelm Tell.** (118 32. Ab.-Vorst. Bchst. D.

Donnerst., 6. April, 7.30: Gastspiel v. Kammersänger **Batteux** v. der Staatsoper Berlin als Nureddin in: **Der Barbier von Bagdad.** 33. Ab.-Vorst. Bchst. A.

Freitag, 7. April, 7.30: **Die versunkene Glocke** 33. Ab.-Vorst. Bchst. A.

Voranzeige:
Sonntag, 9. April (Palmsonntag) Einmaliges Gastspiel von der Kammersängerin **Irma Tervani** von der Staatsoper Dresden als **Carmen.** (116

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Dienstag, den 4. April 1922. Nummer 80.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 4. April.

Aus der Bürgerschaft.

Die Theatervorlage angenommen. — Wohnungsbau. — Kommunistische Abstinenzpolitik.

Am Montag gab es in der Bürgerschaft ein großes Gepappel. Die besonders Tiefgründigen waren gewillt, sich von der Verantwortung zu drücken. Sie gaben sich dafür desto mehr Mühe, als Sparapostel größten Stils zu erscheinen. Doch auch in dieser Maske zeigten sie sich als schlechte Schauspieler. Sie fühlten sich unter dem Schutze der Kommunisten obenauf und plumpsten zum Schlusse aber doch mit ihrer Weisheit durch. Die Sprecher der Arbeitsgemeinschaft und der Demokraten markierten zu allem hin noch die gekränkte Unschuld. Notabene, dieselben Leute, die es trotz aller Anstrengung der Colemanpresse nicht fertig brachten, mehr als 400 000 Mark Ersparnisse herauszurechnen. Herauszurechnen! Denn durch nichts ist erwiesen, daß durch Inhibierung des wertvollsten Repertoirs eine Ersparnis erzielt werden könnte. Es gehört sogar nicht einmal das Patent einer der vier bürgerlichen Fraktionen dazu, um mit Zielsicherheit das Gegenteil zu konstatieren. Die guten Leutchen sind eben verärgert und deswegen schmollen sie. Herr Ambrosius verwahrte sich gegen die Unterstellung politischer Motive, da seine Fraktion nur im reinfiltrierten volkswirtschaftlichen Fahrwasser schwimme. Und um alle Welt von der Fleckenlosigkeit demokratischen Handelns zu überzeugen, sprudelte er in bürgerliche Wohltätigkeit über. Ach, die Not der Armen wehrten wir schon ab, als es den Demokraten noch gar nicht sichtbar ward, daß sie durch ihr Eintreten für freie Wirtschaft dieses grenzenlose Elend mit heraufbeschworen halfen. Und heute, da das Pfund Fleisch 40—48 Mk., die Butter das Doppelte kostet, wo sie waggonweise nach dem Ausland transportiert wird, weil wir sie nicht kaufen können, da stellt man sich hin und jammert. Wir sagen nicht, daß Herr Ambrosius diese Schurkerei gegen das eigene Volk verteidigt, aber das grenzenlose Elend ist mit die Folge der Politik seiner Freunde im Reiche. Warum denn so mokant sein, wenn das Kind auf die Beine gestellt wird? Das sind freilich politische Untertöne, die gesagt werden müssen, wenn an den Staatssäckel große Anforderungen gestellt werden, deren Ursache auf falscher Wirtschaftspolitik beruhen. Fahren wir in diesem Tempo weiter und willfahren dem mehrfach aufgetauchten Wunsche der Rechten, das Theater öffentlich meistbietend zu verpachten oder mit dem Hansatheater zu verkoppeln, dann besteht die Gefahr, daß wir auch mit der Kunst auf den Hund kommen. Die Kommunisten bedauerten zwar die eventuelle Schließung des Theaters, zogen aber doch mit der Rechten am gleichen Strange, der sie nebenbei auch ihre Hilflosigkeit auf den Kopf zusagten. Die Arbeitsgemeinschaftler warteten wieder mit unmotiviertem Zahlenmaterial auf. Das nimmt nicht wunder, denn um Hefti und Schlosser herum träumt man gern von Millionen. Es ist übrigens bezeichnend, daß aus diesen Kreisen die Aeußerung fiel, man würde Herrn Ziesenitz nicht in den Ausschuß gewählt haben, wenn vorher seine Bewilligungsfreudigkeit bekannt gewesen wäre. Bestätigt dieses Beichtgeheimnis nicht die Ablehnung aus Prinzip? Genosse Löwigt als Senatskommissar wies die haltlosen Einwände treffend zurück. Die Genossen Dr. Pieth und Haut brachten das Blut der Rechten in Wallung, indem sie den Widersachern die Gründe auf den Kopf zusagten: Angst vor der Verantwortung und Abneigung gegen den Theaterdirektor. Die Sitzung wurde zuweilen etwas bewegt, so daß der Wortführer wiederholt eingreifen mußte. Aber schließlich durchbrach Licht die Finsternis und mit 39 gegen 33 Stimmen wurde die Vorlage angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion ist sich bewußt, eine schwere Verantwortung auf sich genommen zu haben, aber von der Verantwortung hat sie sich nie gedrückt, insbesondere dann nicht, wenn Kulturwerte in Frage standen.

Für den Wohnungsbau wurden vorläufig 10 Millionen Mark bewilligt, die am liebsten dieselben Herren zur freien Verfügung des Privatkapitals gesehen hätten, die nachher für das Theater nichts übrig hatten — die Arbeitsgemeinschaftler. Die Genossen Casbohm und Brehmer setzten sich für gesunde Wohnungswirtschaft ein, die früher von der Rechten links liegen gelassen wurde, weil der Profit nicht hoch genug aus dem Schornstein qualmte.

Sonderbar war das Verhalten der Kommunisten bei zwei Senatsanträgen, die dem Staate etwas Geld bringen oder ihn doch vor Ausgaben schonen sollten. Sie lehnten sowohl die Wohnsteuer wie die Erhebung der Badeabgabe ab. Das ist eben so in Ikarien, wo alles vom Himmel schneit. Die Fama erzählt, daß man auch in Rußland das Geld dort nimmt, wo es zu haben ist. Genosse Haut spielte schon bei der Theatervorlage auf derartige Reellitäten hin. Aber davon wollen die sechs Streiter ganz links nichts hören.

Die meiste Zeit wurde mit der Theatervorlage verbraucht. Um 10 Uhr war man mit dem 7. Senatsantrag noch zu Gange.

•

Gegen den Wucher.

Die sozialdemokratischen Frauen haben am Montag in der Bürgerschaft einen Antrag eingebracht, wonach Senat und Bürgerschaft dringend ersucht werden, Mittel und Wege zu finden, die dazu führen, daß für die Milch wieder erträgliche Preise Platz greifen. Der Antrag wird dazu führen, den ganzen Wucher mit Lebensmittel aufzurollen.

Immer höhere Butterpreise.

Die Butterpreise sind bekanntlich in den letzten Wochen ganz gewaltig gestiegen. Mit dem Steigen der Butterpreise tritt aber auch noch den Beschlüssen der Milchinteressenten eine Erhöhung des Milchpreises ein. Wer die teure Butter nicht kaufen kann, muß mit Margarine oder anderen Fetten vorlieb nehmen. Aber auch diese Ersatzmittel sind in letzter Zeit so ungeheuer verteuert worden, daß große Teile des Volkes auch darauf verzichten müssen. Für Milch gibt es jedoch kein Ersatzmittel. Wer die enormen Milchpreise nicht zahlen kann, muß den Konsum dieses unersätzlichen wichtigsten Nahrungsmittels stark einschränken, oder ganz einstellen. Hier heißt es: entweder die Wucherpreise zahlen, oder auf die Ware verzichten. Der Milchwucher ist der schlimmste, weil Kranke und Kinder, die die Milch nicht entbehren können, völlig den Milchverteurern ausgeliefert sind.

Die Butter hat in der verflossenen Woche auf der Auktion in Hamburg eine weitere unerhörte Preissteigerung erfahren. Es steht aber zu befürchten, daß die Butterpreise weiter hinaufschnellen, denn der furchtbare Tiefstand unserer Valuta verwehrt die Einfuhr billiger Auslandsbutter, die erst im Konkurrenzkampf den Butterpreis herabdrücken könnte. So sind die Produzenten in der glücklichen Lage, bei **knappem Angebot die unverschämtesten Butterpreise diktieren zu können.**

Die Hamburger Preisprüfungsstelle hat jetzt das Unhaltbare dieses Zustandes erkannt. Sie schreibt: Der Butterpreis und der von diesem beeinflußte **Milchpreis** haben gegenwärtig eine **völlig ungesunde und unberechtigte Höhe erreicht.** Für den Milchpreis ist bekanntlich der bei den wöchentlich stattfindenden Butterversteigerungen ermittelte Durchschnittspreis die Grundlage. Durch **verhältnismäßig geringe Beschickung** dieser Versteigerung sorgen die Meiereien dafür, daß dem Angebot eine große Nachfrage gegenübersteht. Es liegt auf der Hand, daß dadurch der Preis in die Höhe getrieben werden muß. Uebrigens ist anzuerkennen, daß der Leiter der Butterversteigerung sich bemüht, die Preise in einigermaßen angemessenen Grenzen zu halten. Die weitaus größere Menge der nach Hamburg gelangenden Butter berührt die Versteigerungen aber nicht, sondern wird unmittelbar vom Erzeuger (Meiereien usw.) an den Großhändler geliefert. Hier begnügen sich die Erzeuger jedoch nicht mit den bei der Versteigerung ermittelten Durchschnittspreisen, sondern fordern außerdem einen nicht unbedeutenden Betrag für allerlei Spesen, die bei der zur Versteigerung gelangenden Ware in den Preis eingeworfen sind. Dabei ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß die Händler selbst ohne zwingende Notwendigkeit den Meiereien Preise bieten, die über den Versteigerungspreisen liegen. Die zuständigen Staatsanwaltschaften haben bereits Verfahren eingeleitet, um einer solchen unlauteren Preistreiberei zu begegnen. Der Gewinnaufschlag des Großhändlers und des Kleinhändlers hält sich in der Regel gegenüber dem Einstandspreis in angemessenen Grenzen.

Steigt der Butterpreis, dann geht auch der Milchpreis automatisch in die Höhe. Die Milchproduzenten haben es sich nämlich fein ausgeklügelt, daß sie sich gut dabei stehen, wenn sie den Milchpreis nach dem Butterauktionspreis bemessen und für einen Liter Milch den zehnten Teil des Preises für ein Pfund Butter fordern. Ein Liter Vollmilch kostete in Hamburg in der verflossenen Woche 7,80 Mk. und wird sich heute bis auf 9 Mk. stellen. In Kiel kostet das Liter bereits 8,80 Mk. Das ist **offenkundiger Milchwucher, der auf die Gestehungskosten überhaupt keine Rücksicht mehr nimmt.**

Die Preisprüfungsstelle bezeichnet den so ermittelten Milchpreis als übermäßig hoch. „Milch ist anerkanntermaßen reichlich vorhanden. Weite Kreise der Bevölkerung sind aber heute nicht mehr in der Lage, die festgesetzten Preise für die Milch zu bezahlen, so daß sogar für größere Mengen die Gefahr des Verderbens besteht. Es ist deshalb die rein **schematische Festsetzung des Milchpreises** auf der **Grundlage des Butterpreises** unter völliger Ausschaltung der Grundsätze von Angebot und Nachfrage **durchaus zu verwerfen.** Die Preisprüfungsstelle in Hamburg hat die für die Festsetzung des Milchpreises verantwortlichen Stellen davon in Kenntnis gesetzt, daß sie die Berechnung nach Maßgabe des jeweiligen Butterpreises nicht mehr als angemessen ansehen könne und es im Einzelfalle nicht mehr als hinreichende Entschuldigung gegenüber dem Vorwurf des Preiswuchers anerkennen könne, daß der Händler den von dem Ausschuß festgesetzten Preis nicht überschritten habe. Die Bevölkerung wird aufgefordert, die Behörden bei der Bekämpfung der Mißstände durch Mitteilung von Fällen, wo der Verdacht übermäßiger Preissteigerung begründet erscheint, auch ihrerseits nachdrücklichst zu unterstützen."

So wird unser Volk von seinen eigenen Stammesgenossen rücksichtslos ausgeplündert. Kinderreiche Familien, Krankengeldbezieher, Rentner können diese Wucherpreise nicht mehr zahlen. Den Alten und Kleinen wird ihr wichtigstes Nahrungsmittel entzogen. Es klingt deshalb wie bittere Ironie, wenn die Verteurer der wichtigsten Lebensmittel heuchlerisch nach Hilfe für die Alten rufen, in dem gleichen Augenblick, da sie ihnen den Lebensunterhalt unerschwinglich machen.

Wenn der Milchpreis in Lübeck auch nicht ganz so hoch wie in Hamburg und Kiel ist, so hat er aber auch hier eine unerschwingliche Höhe erreicht. Wir müssen nochmals aussprechen: wer den **Milchwucher fördert, der versündigt sich demnach auf das schwerste an der kommenden Generation,** sowie auch an den **darbenden Alten.** Wir erwarten von denen, die immer nach der freien Milchwirtschaft geschrien haben, daß sie jetzt endlich eine Milchpreispolitik einschlagen, die nicht ein Hohn ist auf alle Vernunft und die Lebensnotwendigkeiten unserer Volksgenossen.

Schöffengericht.

Das untreue Dienstmädchen und die netten Gäste. Am Montag standen das Dienstmädchen P., der Schlosser B. und der Arbeiter K. wegen Diebstahls resp. Untreue vor dem Schöffengericht. Erstere war bei einem Gastwirt in Stellung. Sie hatte morgens die Gaststube zu reinigen und durfte während dieser Zeit auch Getränke an Gäste verkaufen. Die Angeklagte wird nun beschuldigt, einen Teil der Einnahmen für sich behalten zu haben. Eines Abends hatte die P. in die Privatwohnung ihres Dienstherrn 2 junge Burschen, die Angeklagten B. und K. als Gäste eingeladen. Sie bewirtete sie mit Getränk, Zigaretten und Schokolade. Zum Dank dafür stahlen die netten Gäste ihrer Gastgeberin 220 Mk. Darüber war die Angeklagte P. empört und zeigte den Diebstahl an. Nun stellte sich heraus, daß sie selbst das Geld ihrer Herrschaft veruntreut und außerdem einer anderen Frau eine Unterteille gestohlen hatte. Alle Angeklagten bestreiten, die ihnen zur Last gelegten Vergehen begangen zu haben. Das Gericht hielt sie aber für überführt und erkannte gegen Frl. P., die mehrfach vorbestraft ist, wegen Diebstahls und Untreue auf 4 Monate Gefängnis. Der Arbeiter K., der ebenfalls vorbestraft ist, erhielt 3 Monate Gefängnis. Der Angeklagte B. kam mit 2 Wochen Gefängnis davon. Diese Strafe wurde in eine Geldstrafe von 280 Mk. umgewandelt. — Wegen Diebstahls von Eisenteilen, einer Riemenscheibe und eines Laufrades erhielt der Arbeiter B. fünf Monate Gefängnis. Er hatte die Sachen bei der Firma O. gestohlen und sie als Altmaterial verkauft. — Ein Lebensmitteldieb. Der Seemann H. hat aus einem verschlossenen Wagen mehrere Körbe mit Lebensmittel gestohlen. Dafür muß er nun 6 Monate brummen.

Briefpost nach Amerika im April. Von Liverpool am 8., Hamburg und Bremerhaven am 11., Southampton am 12. und 15., Hamburg am 15., Bremerhaven am 16., Southampton am

Ludwig und Annemarie.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

Schluß.

Als das Nötige besprochen war, setzte der Schullehrer die verschiedenen Punkte auf, las sie feierlich mit einer Art von Predigerton vor und reichte die eingetauchte Feder zum Unterschreiben. Als dies von allen nach der Reihe vollzogen war, ergriff Ludwig die Geliebte rasch bei der Hand und hielt und drückte sie, als ob er sie nicht mehr loslassen wollte. Gerührte Glückwünsche ertönten von allen Seiten.

Unterdessen war der Abend gekommen, und nun sollte erst die rechte Festlichkeit angehen. Nicht umsonst waren die Angerbäuerin und ihre Tochter wiederholt ab- und zugegangen. Eine Magd erschien mit zwei brennenden Kerzen in spiegelblanken Messingleuchtern; die Tafel wurde abgeräumt, mit einem schön gewirkten Tischtuch überzogen und gedeckt. Je zwei Teller von Steingut, silberne Bestecke (die, nebenbei gesagt, zum Teil der Schmalzbäuerin gehörten) und sogar Servietten oder „Salveater" ließen auf ein tüchtiges Mahl schließen, was der Schullehrer mit großem Interesse zu bemerken schien. Im Schein der Lichter, die auf der Tafel prangten, sah die schöngeweißte, nett gehaltene Stube sehr heimlich aus.

Nicht lange, so erschien die ganze Familie, und am Ende der Pfarrer mit seinem Enkel. Nachdem sich der Sturm der üblichen Glückwünsche einigermaßen gelegt hatte, fand sich der Pfarrer an der Seite der Verlobten. Er fragte: „Nun, bist du zufrieden, Annemarie?" — „O, Herr Pfarrer!" erwiderte das Mädchen in einem Tone, der mehr sagte als jede Versicherung. — Der alte Herr sah sie liebevoll heiter an und sagte: „Die Tugend, scheint's, ist doch auch etwas in der Welt wert und kann auch zu etwas führen! Das Geld und der Stand sind doch nicht alles!" — Das Mädchen ward rot und erwiderte: „Ich schäme mich der Reden, die ich damals geführt hab'. Ich bin tausendmal glücklicher, als ich's verdiene." — Der Geistliche nickte beifällig und bemerkte: „Auf diese Art hilft du nach, was dir fehlt."

Als er kurz darauf allein dastand und mit frohen Blicken die Gesellschaft überlah, machte sich der Angerbauer an ihn heran und sagte: „Sie freuen sich, Herr Pfarrer, und haben auch alle Ursache dazu; an dem heutigen Tag sind doch eigentlich Sie schuld." — „Ich?" fragte der Pfarrer. — „Sie," versetzte der Bauer. „Sie mischen sich nicht in Familienangelegenheiten? Ja freilich! Ungeschickt nicht, aber geschickt." — Der alte Herr fragte mit liebenswürdiger Schalkheit: „Hab' ich's nicht recht gemacht?" — Der Bauer drückte ihm die Hand und rief: „Recht gemacht haben Sie's, Herr Pfarrer!"

Es versteht sich von selbst, daß es die Gastgeber während des Tafelns an keiner Aufmerksamkeit fehlen ließen und namentlich das geschickte „Nötigen" nicht vergaßen. Am meisten Höflichkeit wurde dem Pfarrer erwiesen, der Gegenstand der freundlichsten und zartesten Ehrenbezeigungen war aber Annemarie. Ihr wurden die besten Bissen auf den Teller gelegt, und wenn ihr zugeredet wurde, nahmen die Stimmen den weichsten und sanftesten Ton an. Man fühlte, daß bei ihr etwas gut zu machen sei, und tat mehr und tat es besser, als man es für eine reiche Schwiegertochter getan hätte. Alle Liebe, welche diese Leute in sich hatten, kam gegen das Mädchen heraus, und der Pfarrer sah seinen Enkel, der es zu bemerken schien, mit einem bedeutsamen Blick an.

Annemarie aß wenig und gegen das Ende der Mahlzeit wurde sie still und stiller. Ihre Seele war in die Vergangenheit gerichtet. Sie dachte an ihre Liebe und ihre Not, an ihre Bitterkeit und ihre Klagen, und wie sich alles das in unendliches Glück auflöst. Sie dachte an die Feindschaft, unter der sie gelitten, und die sich nun in die zärtlichste Freundschaft umgewandelt. Als ihr der Angerbauer von dem eben zerschnittenen Kuchen das schönste Stück überreichte, machte die Güte und die Achtung in seinem Blick einen solchen Eindruck auf ihr erweichtes Herz, daß ihre Augen sich mit Tränen füllten. Sie aß ein Stückchen, um die Gabe zu ehren, aber der Strom der Wehmut war im Gange, das übervolle Herz mußte sich entlasten und unaufhaltsam brachen ihre Tränen hervor.

Alles sah auf sie, ernst, bewegt; die meisten begriffen den Grund dieser Tränen. Es entstand eine feierliche Stille. Ludwig drückte der Geliebten aufs zärtlichste die Hand, die Augen der Frauen wurden feucht. Der Angerbauer saß in tiefem Ernst da und in seinen Blicken entzündete sich ein Feuer, das den Pfarrer beinahe noch mehr ergriff als das Antlitz der Braut. Niemand wollte das Wort nehmen, und der Pfarrer dachte endlich selber daran, durch eine passende Bemerkung einen Uebergang zu angenehmer Unterhaltung herbeizuführen, als ihm ein anderer zuvorkam. Johannesle hatte die weinende Annemarie bisher staunend angesehen; wie die Tränen kein Ende nahmen, sondern wieder und wieder aus ihren Augen flossen, stand er auf, ging zu ihr und sagte mit dem ehrlichsten Tone von der Welt: „Warum weinst du denn, Annemarie? Du hast ihn ja jetzt!" Diese naive Rede rief auf dem Gesicht des Mädchens ein sanftes Lächeln hervor und eine milde Heiterkeit in der Gesellschaft. Annemarie sagte mit gütevoller Stimme: „Du wirst's auch noch verstehen lernen, Kind, warum ich wein'! Aber jetzt will ich aufhören." Und sie trocknete ihre Tränen.

Als der Pfarrer mit seinem Enkel nach Hause ging, fragte er, wie ihm heute der Angerbauer und seine Frau gefallen hätten. Theodor erwiderte: „Ich bin ganz erstaunt über sie; nie hätt' ich ihnen zugetraut, daß sie so gut und so wahrhaft zart sein könnten." — „Du siehst also, daß du früher nicht ganz recht hattest, diesen Mann, weil er im Zorn grobe Reden ausstieß, ohne weiteres für roh zu erklären, und wirst künftig mit deinem Urteil behutsamer sein."

Nach sechs Wochen fand die Hochzeit statt. Es war nur eine Stimme über die Schönheit der Predigt, die Andacht des Brautpaares, ihren prächtigen Anzug, das vortreffliche Mahl, wobei die Wirtin des Dorfes sich selber übertraf, und das große, große Vergnügen. Die Musikanten hielten eine Ernte wie seit Jahren nicht. Der Höhepunkt des Festes war übrigens der Moment, wo der Angerbauer in der Laune des Weines bewogen wurde, drei Reihen allein mit der Braut zu tanzen. Er drehte sich taktfest, aber etwas steif herum, und sein Gesicht drückte eine so eigene Mischung von Galanterie und Selbstgefälligkeit aus, daß ein paar ältere Weiber, mit denen er in seiner Jugend zu tanzen pflegte, nicht umhin konnten, sich spöttisch lächelnd anzusehen, als wollten sie sagen: „Der alte Narr! Wenn man ihm das vor einem Vierteljahr gesagt hätte!" Der Angerbauer hörte dies natürlich nicht, da es überhaupt nicht gesprochen wurde. Als er daher unter großem Beifall den letzten Reihen geendet hatte, konnte er in ungestörter Freude seiner Tänzerin ein Glas Wein präsentieren und dann zu einem Vertrauten sagen: „Daß die Hochzeiterin am schönsten tanzt, hab' ich gesehen; daß sie aber auch am besten tanzt im ganzen Dorf, das kann ich jetzt aus Erfahrung bezeugen. Ueberhaupt: mein Ludwig ist nicht dumm gewesen!"

22., Bremerhaven am 25., Southampton am 26., Hamburg am 27. Briefe, Postkarten, Geschäftspapiere, eilige Drucksachen und politische Zeitungen gehen auch über Southampton oder Liverpool, alle anderen Briefsendungen nur über Bremerhaven oder Hamburg. Schlußzeit ist für die beiden englischen Häfen und für den Norden und Osten Deutschlands in Hamburg 1 3 Tage vorher 10 nachm., für den Süden und Osten in Köln-Deutz 2 Tage vorher 7 nachm. Für Bremerhaven ist Schlußzeit in Hamburg 1 am 15. und 24. 12 mittags, in Köln-Deutz am 15. 8 vorm., in Bremen am Abgangstage früh 3, für Hamburg beim Postamt 1 am Tage vorher 10 Uhr nachts, in Köln am 14. und 26. 8 vorm. Die Ueberfahrt nach Neuyork dauert von England 7—9, von Bremerhaven 10—11 Tage, von Hamburg 10—12 Tage.

Der Streik in den Wäschereien ist beendet, da der Verein der Wäschereibesitzer den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses anerkannt hat. Die Arbeit wurde am Montag, dem 3. April, wieder aufgenommen.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. (Filiale Lübeck).

In der vom Lübecker Lehrerverein am 30. März einberufenen Versammlung wurde nachstehende Entschließung mit einem Stimmenverhältnis von ungefähr 800:5 angenommen: „Die vom Lübecker Lehrerverein einberufene Volksversammlung in den Zentralhallen vom 30. März 1922 steht auf dem Standpunkt, daß die Erziehungsarbeit — dem Charakter des heutigen Volksstaates entsprechend — auf Selbstverantwortung aller Ausführenden, der Lehrer wie der Eltern, zu stellen ist; umsomehr sie ausschlaggebend auf dem Wirken der Persönlichkeit beruht. Darum fordert sie die Zusammenfassung der Kräfte aller an einer Schule tätigen Lehrer zu einem Selbstverwaltungskörper und die der Eltern zu einem Elternbeirat. Sie richtet an Senat und Bürgerschaft das Ersuchen, diese Forderungen baldigst zu verwirklichen und zwar in tunlichster Anlehnung an die folgerechte Ausprägung, die der Selbstverwaltungsgedanke in den betreffenden Gesetzen der beiden andern Hansestädte gefunden hat."

Staatsrat Dr. Karl Blessing ist am Montag an einem Herzschlag gestorben. Blessing war seit dem Jahre 1892 im Lübeckischen Staatsdienst, zuerst beim Stadt- und Landamt und seit 1901 als Senatssekretär tätig. Der Verstorbene, der in vielen Körperschaften mitwirkte, ward allgemein als ein zuvorkommender und nobler Charakter geschätzt.

Asba. Am 31. März hielt die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Angestellten die diesjährige Generalversammlung ab. Der umfangreiche Geschäftsbericht wurde genehmigt und die Arbeit des Vorstandes anerkannt. In den Vorstand wurden die Genossen Frost, 1. Vors., Essmann, 1. Schriftf., und als Beisitzer die Genossen Oberg, Müller, Krieger, Niendorf, Göhr und Riechert wiedergewählt. Die Genossen Heitmann und Behrens wurden neu hinzugewählt. Außerdem wurden noch Wahlen für den Bezirksvorstand der Asba in Mecklenburg-Lübeck und für den erweiterten Parteiausschuß vorgenommen.

Silberne Löffel der eigenen Mutter gestohlen zu haben wird der Handlungsgehilfe L. beschuldigt. Der Angeklagte war früher in Dortmund in Stellung und wohnte nun hier seit längerer Zeit bei seiner Mutter. Diese beschuldigt ihn des mehrfachen Diebstahls von silbernen Löffeln und außerdem des versuchten Diebstahls von Wäsche, eines Kaffeeservices und eines Spiegels. Der Angeklagte gibt zu, den Spiegel von der Wand und das Service aus dem Schrank genommen zu haben, bestreitet aber die Absicht des Diebstahls. Ebenfalls will er auch nicht die Löffel gestohlen haben. Wegen der Diebstahlsbeschuldigung durch die Mutter verweigert der Angeklagte die Aussage. Das Gericht hielt darauf einen Lokaltermin in der Wohnung der Mutter ab. Die später wieder aufgenommenen Verhandlungen führten zur Verurteilung des Beschuldigten. L. erhielt 8 Monate Gefängnis.

Aenny Zangerl, unsere einheimische Altistin und jetzt sächsische Staatsopernsängerin, die sich nächstens auch einmal wieder in Lübeck hören lassen wird, hat kürzlich ein Angebot nach Rom und Südamerika bekommen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, SPD.-Metallarbeiter! Am Donnerstag sehr wichtige Fraktionssitzung im Gewerkschaftshaus. Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen, die auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei stehen, ist notwendig. (S. heutige Anzeige).

Der Fraktionsvorstand.

Stadttheater. Mittwoch zum ersten Mal in dieser Spielzeit „Wilhelm Tell". Am Donnerstag 2. Gastspiel von Kammersänger Batteux in: „Barbier von Bagdad". Sonntag einmaliges Gastspiel von der Kammersängerin: Irma Tervani, von der Dresdener Staatsoper, als Carmen.

Lübecker Lichtspielgemeinde. Ueber „Die Wunderwelt der Sterne" wird am 6. Bilderbühnenabend am Donnerstag, dem 6. April, der Direktor der Treptow-Sternwarte, Berlin, Herr Dr. Archenhold, sprechen. Die Gelegenheit, einen anerkannten Fachmann auf diesem Gebiete zu hören, sollte sich niemand entgehen lassen. — Daneben gelangt zur Vorführung der vielgerühmte Spielfilm „Der verlorene Schatten" nach „Peter Schlemihl", für den Film bearbeitet von Paul Wegener, der auch selbst die Hauptrolle spielt. Nachmittags 4 Uhr: Jugendvorstellung.

Mütterabende. Am 4. April 1922 abends 8 Uhr im Konfirmandensaal in der Kuchenstraße Vortrag Dr. Christern. — Am 5. April 1922, abends ½8 Uhr, in der Wartburg, Kronsforder Allee 26, Vortrag Dr. Schmidt.

Monatsprogramm des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde", Lübeck. Carl Schuster, Obmann, Geverdesstraße 36. O. Heyden, Kassierer, Vereinsstraße 4. 9. 4. Gr.-Steinrade—Hohelieth(?), Abf. 1.30 Bhf. Fhr. Lorkowski. 12. 4. Versammlung im Gewerkschaftshaus 7.30. 14. 4. Kannenbruch, Abf. 1.20 Markt. Fhr. E. Hümöller. 16. 4. Osterwanderung zur Bezirkskonferenz in Berlin. Abf. am 15. 4. 7.15 bis Blankenberg. Rückkehr am 17. 4. von Kleinen. Kosten 60 Mk. Fhr. Mollenhauer. 17. 4. Wanderung der Tanzgruppe, Spielwiese, Israelsdorf. 2.00 Burgtorbrücke. Fhr. Seifert. 23. 4. Besloe—Schönbo—Hohenmeile. Tr. 1.30 Burgtorbrücke, Fhr. Schöning. 30. 4. Wulfsdorf—Beidendorf—Grönau. Tr. 7.00 Mühlentorbrücke, Fhr. E. Hümöller. 2. 5. Führersitzung im Abstinenzkaffee 7.30. 3. 5. Vorstandssitzung im Arbeiter-Sportheim 8.00. 7. 5. Morgenwanderung Wakenitz 6.00 Mühlentorbrücke, Fhr. Mollenhauer. — Gruppe für Volkstänze und Spiele. Leiter: Paul Seifert, Heimstätten, Auf der Heide 49. Jeden Freitag abend Ueben der Reigentänze in der Turnhalle des Lehrer-Seminars, Langer Lohberg 20, von 8—10 Uhr. Uebungsabende am 14. und 21. April fallen aus. — Musikgruppe. Leiter: Karl Henze, Hansastraße 160. Jeden Donnerstag von 8—10 Ueben (Mandoline und Gitarre) im Abstinenz-Kaffee, Untertrave 109. — Tonschwenengruppe. Leiter: Franz Langfeld, Fackenburger Allee 38. (112

Angrenzende Gebiete.

Eutin. Das Stadtparlament beschloß, den Zuschlag zur staatlichen Gewerbesteuer auf 150 Proz. festzusetzen; in erster Lesung hatte man sich für 200 Proz. entschieden. Bezüglich der Zuschläge zur Grundsteuer bleibt es bei 10 Proz. und bei der Gebäudesteuer auf 5 Proz. Dann wurde das Schulgeld für das Lyzeum neu festgesetzt. Die Unterhaltung des Lyzeums erfordert zurzeit für Gehälter rund 746 000 Mk.; die Einnahme aus dem Schulgeld beträgt 60 000 Mk., dazu kommt noch ein Staatszuschuß von 120 000 Mk. Zurzeit wird das Lyzeum von 119 Kindern aus Eutin, 98 aus dem übrigen Landesteil, 41 aus den Kreisen Plön und Oldenburg und 3 aus Hamburg besucht. Das Schulgeld wurde wie folgt ab 1. April festgesetzt: Schülerinnen aus Eutin zahlen 800 Mk., aus dem übrigen Landesteil 1000 Mark, aus den Kreisen Plön und Oldenburg 1200 Mk., und von weiter her 2000 Mk.; für die Vorschule entsprechend 600, 750, 900 und 1500 Mk. Als Abwehrmaßnahme gegen unnötige Belastung des Wohnungsamtes werden die Gebühren auf 6 resp. 20 Mk. erhöht. Um die Gegend an der Oldenburger Chaussee gegen eine Bebauung mit Fabriken zu schützen, beantragt der Stadtmagistrat den Erlaß folgenden Ortsstatuts: Die Anlage von Fabriken ist in dem im Norden vom großen Eutiner See, im Süden von der Eisenbahn Eutin-Neustadt, im Osten von der Landgemeinde Eutin, im Westen von der Weberstraße, der Oldenburger Chaussee und dem östlichen Teile des Schloßgartens begrenzten Bezirke verboten. In der Debatte hierüber wurde betont, daß zur Förderung des Fremdenverkehrs hervorragende landschaftliche Schönheiten der nächsten Umgebung nicht durch Fabrikanlagen beeinträchtigt werden dürfen. Es wurde aber auch hervorgehoben, daß Eutin derartige Unternehmungen als Ersatz für die abnehmende Fremdenindustrie nicht unterbinden solle. Der fehlende Wasserweg für größere gewerbliche Fabriken würde vielleicht, durch den beabsichtigten Kanal von Kiel nach Lübeck geschaffen werden. Schließlich wurde das obige Statut aber doch angenommen, da es, wenn erforderlich, von Fall zu Fall außer Kraft gesetzt werden könne.

Boizenburg. Einen Bubenstreich, der größere Verwüstungen anrichtete, erlaubten sich mehrere junge Leute in der Nacht auf Sonntag. Sie legten an der Außenwand eines Saales in dem eine Festlichkeit stattfand Schießbaumwolle an, bei dessen Explosion zahlreiche Menschen durch Glassplitter teilweise erhebliche Schnittwunden davontrugen, besonders stark wurde ein nebenan liegendes Kontorgebäude demoliert, wo über 100 Fensterscheiben zertrümmert wurden. Die Täter wurden noch in der Nacht verhaftet. Es handelt sich um den 19jährigen Bäcker Krüger nebst zwei Mithelfern.

Dannenberg. Verhaftung und Geständnis der Gamehlener Kindermörder. Den polizeilichen Nachforschungen ist es gelungen, die Mörder, die am 16. März im Gamehlener Gehölz den 10jährigen Herbert Reusch und die achtjährige Alma Voß auf bestialische Weise ermordet haben, zu ermitteln und zu verhaften. Die Mörder sind Fritz Wendt aus Bahn (Greifenberg) und Ewald Kanderweith aus Graditz. Nunmehr hat der nach Dannenberg überführte Kanderweith ein volles Geständnis abgelegt. Als dann der andere Mörder ebenfalls nach Dannenberg überführt wurde, versuchte die erregte Menschenmenge ihn zu lynchen. Ein größeres Polizeiaufgebot drängte die erregte Menge zurück. Sofort nach seiner Einlieferung wurde er einem Verhör unterzogen. Er legte sich anfänglich noch aufs Leugnen, gestand aber schließlich auch, der Mörder zu sein.

Flensburg. Vierfacher Raubmord. In der Wohnung der Gärtnerswitwe Schmidt in Ulsnisstrand bei Flensburg fand man die zwei Knaben der Witwe im Alter von 10 und 12 Jahren sowie das Dienstmädchen ermordet auf. Die Leiche der Witwe selbst fand man auf einer nahegelegenen Koppel. Sämtlichen Personen war der Schädel zertrümmert. In der Wohnung waren die Sachen durcheinandergewühlt, so daß auf Raubmord zu schließen ist. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Rostock. Der Transportarbeiterstreik beendet. Die am Sonnabend gepflogenen Verhandlungen haben zu einer Einigung geführt. Die Arbeit wurde am Montag bereits wieder aufgenommen. Neben Lohnerhöhungen sind u. a. auch in der Ferienfrage Verbesserungen erzielt worden.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 3. April.

Wortführer: G. Ehlers. — Beginn 6,20 Uhr.

Neueingetreten in die Bürgerschaft ist Herr Rechtsanwalt Brehmer. Seinen Austritt erklärt Herr Kaufmann Behn. An seine Stelle tritt Herr Rechtsanwalt Emers. Die Theatervorlage wird auf Antrag des Vorsitzenden des Aeltestenausschusses gegen den Widerspruch der Kommunisten als 5. Tagesordnungspunkt beraten. — Der Senat erklärt u. a. auf die Beschwerde eines Bürgerschaftsmitgliedes in einer früheren Sitzung, die Armenbehörde stelle seit Jahren keine besondere Form der Armensärge her. Diese glichen in Form und Farbe genau den sonst üblichen Särgen.

1. Antrag: **Umbauarbeiten auf dem Stadtgute Albsfelde.** — Wird angenommen.

2. Antrag: **Verkauf eines Grundstückes an der Ratzeburger Allee.** — Nickel (Kom.) lehnt die Vorlage ab. Staatsgrundstücke dürften nur gegen hohe Pachten abgegeben werden. — Der Senatsantrag wird angenommen.

3. Antrag: **Bereitstellung weiterer 10 Millionen Mark für die Förderung des Wohnungsbaues.** — Dinter (Abg.) bemängelt das späte Eingreifen des Staates. Mit dem vorgesehenen Gelde komme man nicht aus. Um das Notwendige zu schaffen, müßten 90 Millionen beschafft werden. Der Wohnungsnot könne am besten durch Mehrfamilienhäuser an vorhandenen Straßen abgeholfen werden und nicht durch Siedlungshäuser. Redner stellt den Antrag, die bis jetzt zur Verfügung gestellten Mittel zur Unterstützung von privaten Baulustigen zu verwenden. — Senator Dr. Kalkbrenner widerspricht dem Vorredner. Lübeck habe im Wohnungsbau mehr als jede andere Stadt in Deutschland getan. Die Untersuchungen hätten jetzt allerdings ergeben, daß Mehrfamilienhäuser billiger seien. Bei allem müsse man sich klar werden, wie die Millionen zu beschaffen und zu amortisieren sind. — Casbohm verweist auf die Vernachlässigung des Kleinwohnungsbaues zu Friedenszeiten, wo man wohl Industrien herangezogen, aber nicht bedacht habe, daß damit auch eine Vermehrung der Arbeiter bedingt sei. Die einigermaßen gute Beschäftigung der Industrie sei ebenso erfreulich wie die weitere Ansässigmachung industrieller Betriebe, aber man müsse jetzt auch auf die Errichtung von Wohnungen für die Arbeiter bedacht werden. Der Redner wünscht Auskunft darüber, wie hoch sich die Zuschüsse für Siedlungs- und für Mehrfamilienhäuser belaufen. Mit den vorgesehenen 30 Millionen würde man nicht alle Wünsche erfüllen können. Vor allem aber müsse danach gestrebt werden, eine gewisse Stabilität hineinzubringen, damit die Leute wissen, mit welchem Kostenaufwand sie zu rechnen haben. Es sei zu bedauern, daß man in der Finanzbehörde trotz der vielen Verhandlungen zu keinem rechten Schluß gekommen sei. — Dr. Neumark (Dem.) wünscht Zahlen, die den heutigen Verhältnissen entsprechen. Der Senat müsse eine gewisse Aufklärung geben. Einzelne Häuser könnten nicht mehr errichtet werden. Der billigste Typ sei das Mehrfamilienhaus. — Brehmer (S.) bestreitet die bessere Rentabilität des Mehrfamilienhauses. Dieses erfordere pro Quadratmeter einen erheblich höheren Zuschuß und außerdem müßten sich die Bewohner mit einem weit geringeren Wohnraum zufrieden geben. Siedlungshäuser erforderten wohl einen etwas höheren Staatszuschuß, dafür dienten sie aber auch der Gesundheit und dem Allgemeinwohl. — Nickel (Kom.) stimmt der Vorlage zu. Seine Fraktion sei überhaupt dafür, daß der Staat Wohnungen baue. Eine Linderung der Wohnungsnot könne auch durch das Wohnungsbeschlagnahmegesetz geschaffen werden. — Hesti (Arbg.) wirft dem Staat Mietewucher bei Beamtenwohnungen vor. — Dr. Gebhard (DV.) wünscht Aufschluß über die Verwendung der Bauzuschußgelder. Ein Zweifamilienhaus biete wohl im Augenblick Vorteile, aber auf die Dauer komme dem Staat ein Einfamilienhaus billiger zu stehen. In gesundheitlicher Beziehung seien letztere wesentlich vorteilhaften. Das schließe nicht aus, die Baulücken in den Vorstädten mit Mehrfamilienhäusern zu füllen. — Rosenquist (Arbg.): Ein Siedlungshaus ist heute 2½mal teurer als früher. Die Siedler können die Häuser auf die Dauer nicht halten. — Dietrich (Arbg.) stellt den Antrag, Kriegerwitwen, Kleinrentnern und Schwerkriegsbeschädigten mit weniger als 10 000 Mk. Mietezuschüsse zu gewähren. — Senator Dr. Kalkbrenner: Die Bauzuschußzuschüsse betrugen voriges Jahr 20—30 000 Mk., Ende des Jahres 50—60 000 Mk. und werden heute wohl 100 000 Mk. und mehr erfordern. — Der Antrag Dinters wird abgelehnt, der Antrag Dietrichs angenommen. Die Senatsvorlage wird angenommen.

4. Antrag: **Staatszuschuß an die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit für das Rechnungsjahr 1922.** — Dr. Gebhard (DV.) kommt auf die Anstellung der Sekretärin im Museum zu sprechen. Es sei alles ungeregelt abgeschlossen worden. — Neufeld (Dem.) fordert Ueberweisung an den Ausschuß für Kunst, Unterricht und Wissenschaft. — Roß (Kom.): Die Museen sind gewiß gemeinnützige Anstalten. Wir werden die Summen daher bewilligen. Wir wünschen aber Uebernahme der Museen durch den Staat. Die Speisung schlecht ernährter Schulkinder ist auch Aufgabe des Staates. Er muß dies in Zukunft übernehmen. — Ambrosius (Dem.) hält seine früher gemachten Ausführungen über die Anstellung der Museumsdame aufrecht. — Senator Dr. Kalkbrenner: Die Uebernahme der Museen durch den Staat unterliegt der Prüfung der Finanzbehörde. Die Gesellschaft hat in den letzten Jahrzehnten Gutes geleistet. — Der Antrag Neufelds auf Ausschußberatung wird angenommen.

Antrag 4a: **Wiederholter Antrag, betreffend Bezuschlag für das Stadttheater und Orchester.** — Senator Löwigt betont, daß nach der Ablehnung der Vorlage viele Wünsche laut geworden seien, die Frage wieder in Fluß zu bringen. Auch der Vorstand der Volksbühne sei an ihn herangetreten. Ebenso hätten sich die Künstler, Musiker und andere am Theater beschäftigte Personen in diesem Sinne geäußert. Bei der Wichtigkeit der Sache habe der Senat einstimmig beschlossen, die Vorlage erneut einzubringen. Die Redner der verschiedensten Fraktionen hätten sich ja trotz aller Bedenken für die Erhaltung von Theater und Orchester ausgesprochen. Es sei zu verstehen, wenn man die geforderten Mittel als zu hoch ansehe, doch habe man vergebens auf andere Vorschläge gewartet. Die Abschaffung oder Einschränkung der großen Oper sei erwogen und in der Vorlage erwähnt. Ferner sprach man von einem Anwachsen der Forderung bis auf 10 oder 12 Millionen, ohne daß die geringste Begründung angegeben wurde. Daß man mit den geforderten Mitteln auf alle Fälle auskomme, sei nicht behauptet worden. Die Erhöhung der Eintrittspreise müßte auch in Betracht gezogen werden und wenn sich der Besuch auf der gleichen Höhe halte wie jetzt, werde die voraussichtliche Erhöhung der Ausgaben nicht nur ausgeglichen, sondern es könnten noch weitere nicht vorgesehene Ausgaben gedeckt werden. Ein genau stimmender Voranschlag ist nicht aufzustellen. Auf Grund der Geldentwertung werde sich die Ausgabe heute um etwa 500 000 Mk. erhöhen. Würden aber die Eintrittspreise zugrunde gelegt, die der Ausschuß für Kunst und Wissenschaft vorschlage, sei mit einer Mehreinnahme von 1,2 bis 1,5 Millionen zu rechnen. Würden keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, komme man mit der Summe aus. Etwas Vertrauen zur Theaterbehörde und zum Direktor sei notwendig. Der Besuch des Theaters sei nie so hoch gewesen wie jetzt, ein Beweis von dem großen Interesse, das die Bevölkerung dem Theater entgegenbringe. Genau so stehe es mit den Konzerten, deren Wert unbestritten sei. — Schlosser (Arbg.) hätte eine veränderte Vorlage gewünscht. In der Wiedereinbringung der alten Vorlage sieht der Redner eine Geringschätzung resp. Vergewaltigung der Bürgerschaft. Die Ablehnung der Vorlage bedeute noch nicht die Schließung des Theaters. Daran denke niemand. Die Ablehnung sollte nur eine Vorlage erzwingen, die wirtschaftlichere Seiten enthalte. Man solle doch die Geldentwertung in Betracht ziehen; man könne nicht behaupten, daß der Zuschuß die Summe von 10—12 Millionen nicht erreichen werde. Zu prüfen sei das Fallenlassen der großen Oper und die Herabsetzung der Zahl der Orchestermitglieder. Außer Ersparnissen bei Orchester und Chor könnten Ersparnisse an Solisten und Dekorationen gemacht werden. Einer Anstellung des Direktors auf 3 Jahre könne man nicht zustimmen. Unter den bisherigen Bedingungen und Tragung des Risikos könne man wohl einen Direktor gewinnen. Der Redner zitiert einen früheren Artikel des „Volksboten", der sich ganz auf den Boden der heutigen Ablehnung der Vorlage stelle. Dann glaubt der Redner die Richtigkeit eines weiteren Volksbotenartikels bezweifeln zu müssen. — Senator Löwigt: Eine Geringschätzung der Bürgerschaft bedeutet die unveränderte Vorlage nicht. Bestimmt formulierte Anträge erhielt der Senat nicht, andernfalls wäre der Senat darauf eingegangen. Die Bedenken gegen die Aufhebung der großen Oper sind sehr erheblich. Diese weist den größten Besuch auf, bringt erhebliche Einnahmen und rechtfertigt höhere Eintrittspreise. Kräfte sind auch bei Abschaffung der großen Oper nicht zu sparen, denn dann sind mehr Operetten- und Schauspielkräfte notwendig. Die angeführten großen Summen stützen sich nicht auf tatsächliche Unterlagen. Auch die katastrophale Geldentwertung im vorigen Herbst hat trotzdem nicht die großen Summen für das Theater notwendig gemacht. Allerdings kann der Direktor die Geldentwertung nicht aus seiner Tasche bestreiten. Die Vorschläge des Herrn Schlosser würden 400 000 Mark ersparen, aber es ist doch schon die Frage, ob bei verändertem Betrieb dieselben Einnahmen erzielt werden. Eine wesentliche Ersparnis wird dadurch nicht erreicht, sofern aus dem Theater nicht ein reines Geschäftsunternehmen gemacht werden soll. Das sollte man sich doch überlegen, wo ein Gebäudewert von 50 und ein Fundungswert von 10 Millionen Mark in Frage kommt. — Zisenik (Arbg.) unterstreicht die Bedeutung unseres Theaters als Kulturtheater. Ein gewandter Pächter kann wohl glänzende Geschäfte machen, aber auf Kosten des Staates und der Bevölkerung. Der Ausschuß hat praktische Erwägungen angestellt und sie im Bericht bekanntgegeben. Bei Ausschaltung der großen Oper werden wohl etwa 1½ Millionen erspart, aber dann sinkt der Wert des ganzen Theaters. Und zwar wird es auch entwertet in bezug auf die Einnahmen. Die Streichung der großen Oper wäre verhängnisvoll für das Theater. Dann dürfe man das Orchester nicht vergessen, wo alte Musiker sitzen, die 20jährige Dienste geleistet haben. Der Staat müßte ihnen doch Pension bezahlen. Durch Orchesterverminderung bringen wir nur die jungen Kräfte heraus. Es bleibt nur übrig, die Vorschläge der Kommission auszuarbeiten. Der beste Vorschlag sei eine Erhöhung der Eintrittspreise. Die Angaben des Senatskommissars seien von großer Ehrlichkeit getragen. Redner beantragt einen Zusatzantrag zur Senatsvorlage, die vorgeschlagene Erhöhung der Eintrittspreise durchzuführen, und die Umwandlung der Theaterleitung in ein Intendanturverhältnis in freiem Wettbewerb zu gestalten. — Ambrosius (Dem.) glaubt, man schiebe politische Motive vor. In den verschiedenen Fraktionen seien geteilte Meinungen zum Austrag gekommen. Es sei eine Unterstellung, daß diejenigen, die der Vorlage ablehnend gegenüberständen, eine Schließung oder Vernichtung des Theaters beabsichtigten. Die Sparsamkeit dürfe auch beim Theater kein Halt machen. Den Ausgaben stünde noch keine Deckung gegenüber. Der Voranschlag werde bedeutend überholt. Arbeiter- und Angestelltenlöhne, die Kosten für Heizung und Beleuchtung seien so gestiegen, daß sie durch erhöhte Eintrittspreise nicht wettgemacht werden könnten. Der Ausschuß habe sich nicht als fähig erwiesen, die

ihm von der Bürgerschaft überwiesene Aufgabe zu lösen. Der Redner stimmt dann ein Loblied auf die bürgerliche Presse an, die gute Vorschläge gemacht habe. (Zuruf: Sie waren auch danach!) Auch in Breslau werde die Oper in verkleinertem Umfang fortgeführt und in Eisenach habe man den Zuschuß abgelehnt. Größtmögliche Sparsamkeit müsse eintreten. Dem hierzu eingesetzten Ausschuß sei zur Pflicht gemacht worden, überall für größtmögliche Sparsamkeit zu sorgen. Nach einer Richtung zur Sparsamkeit müsse man sich entscheiden. Auch das Theater müsse sich eine Beschränkung auferlegen, man könne auch dort nicht alles so haben wie man es gerne haben möchte. Die Ausgaben des Theaters hätten 1913 den 175. Teil der Staatsausgaben erfordert, heute schon den 100. Teil. Das richtige Verhältnis wären nur 2 Millionen. Die Not der Bevölkerung müsse man berücksichtigen. — Senator **Löwigt** erklärt u. a. diese Zahlen für unrichtig. Der Vorredner habe vergessen anzuführen, daß zu dem Theaterzuschuß ein solcher an dem Verein der Musikfreunde gezahlt worden sei. Bei dieser Berücksichtigung komme man auf dasselbe Verhältnis. Der Vorredner habe nur zwei Städte angeführt und dieses Beispiel verallgemeiert. In der Zuschußfrage stehe Lübeck an der untersten Stelle. Neustrelitz leiste 3 Millionen Mark Zuschuß, Rostock 2, Kiel 4, Bremen 5, Düsseldorf 8, Mannheim über 8, Karlsruhe 6, Dortmund 7, Essen 5 usw. In der Presse habe man mit keinem Wort erwähnt, daß sich die Einnahmen mit der Beseitigung der großen Oper auch vermindern. — **Roß** (Komm.): Wir stehen noch auf dem ablehnenden Standpunkt. Die Ablehnung wird zur Schließung des Theaters führen. Ersparungen können nicht gemacht werden, aber will die Rechte die Löhne der Künstler kürzen? Bessere Vorschläge zu Ersparungen kommen von der rechten Seite des Hauses nicht. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir uns heute diese Ausgaben nur leisten können, wo für andere notwendige Ausgaben keine Mittel vorhanden sind. Es ist bedauerlich, wenn das Theater geschlossen wird. Will man dies verhindern, dann müssen die Theaterbesucher selbst die Kosten aufbringen. — **Reimpell** (DN.) wiederholt seine ablehnenden Gründe in voriger Sitzung. Seine Fraktion gebe keine Blankoakzepte. Auch wenn die Vorlage heute abgelehnt werde, werde man ein Kulturtheater aufrechterhalten. — Dr. **Pieth** (Soz.): Es ist aussichtslos, hier jemand umstimmen zu wollen. Der Ausrede, man wolle der Theaterbehörde kein Blankoakzept ausstellen, ist die Frage entgegenzuwerfen, welcher Behörde beim Etat kein Blankoakzept ausgestellt wird. Die Theaterbehörde ist außerordentlich vorsichtig vorgegangen. Herr Roß stellt sich zur Vorlage noch ablehnend, obwohl er von der Rechten gehört hat, daß sie ein reines Geschäftstheater errichten will. Ich will Ihnen (zur Rechten) die Maske abreißen. Meine Fraktion macht Ihnen zum Vorwurf, daß sie sich von der Verantwortung drücken wollen (große Unruhe). Diese wollen sie uns überlassen, die Benutzung des Theaters für sich in Anspruch nehmen. Sie treiben keine sachliche, sondern eine Personenpolitik in der Direktorfrage. Dann lassen Sie auch wieder die Thränendrüsen laufen. Auch in der interfraktionellen Besprechung mußten die lieben Alten wieder herhalten. Für diese sind wir seit jeher eingetreten. Genau so steht es mit der Wohnungsfrage. Hier wurde ohne Widerspruch festgestellt, daß Lübeck an führender Stelle steht. Sie greifen fortwährend den Ausschuß für Kunst und Wissenschaft an, bringen jedoch trotz wiederholter Aufforderung keine greifbaren Vorschläge. Bringen Sie doch einen Antrag auf Streichung der großen Oper, wenn Sie den Mut dazu haben. Herr Klein erklärte dazu in der interfraktionellen Besprechung, sie würden sich davor hüten einen solchen Vorschlag zu bringen. (Zuruf: hört, hört!) Herr Ambrosius hat mit Zahlen jongliert. Er müßte wissen, daß 1913 Theater und Orchester nicht zusammengelegt war. Freilich, damals hat der Verein der Musikfreunde seine Orchestermitglieder schlecht bezahlt, während der Staat jetzt einen sozialen Ausgleich vornimmt. Auch Herr Schlosser ging mit den Zahlen leichtfertig um. Die Mehreinnahmen nach den Vorschlägen des Ausschusses für Kunst und Wissenschaft gehen über alles das hinaus, was Sie an kleinen Ausständen auszusetzen haben. Die Erhöhung der Eintrittspreise bringen 1,2 bis 1,5 Millionen Mark. Freilich können nur Wahrscheinlichkeitsrechnungen aufgestellt werden, was auch Herr Klein als Etatsredner wissen müßte. Wir sind uns darüber einig, daß jeder im Ausschuß ernstlich gearbeitet hat. Während eines ihrer Mitglieder sich dort für die Vorlage einsetzte, kniff es im Plenum. Die Deutsche Volkspartei hat ihre Mitglieder auf den ablehnenden Beschluß festgelegt. Die in der Presse verrechneten Ersparnisse an Fundus und Dekorationen bei Beseitigung der großen Oper sind nicht stichhaltig. Dafür wurden im ganzen 24 000 Mk. eingesetzt, während Kiel allein in der Herbstwoche hierfür das Dreifache verausgabte. Sie treiben auf nichts anderes als auf das Geschäfts- und Puppchentheater hinaus und dabei wollen Ihnen die Kommunisten Gesellschaft leisten. Hierfür haben wir nichts übrig. — **Ziesenitz** (Arbg.) plädiert wiederholt für seinen Zusatzantrag, der mögliche Ersparnisse in sich schließe. — Senator **Löwigt** empfiehlt den Zusatzantrag in ein Ersuchen zu kleiden, da der Inhalt noch durch den Senat geprüft werden müsse. Sachlich stimme er mit dem Zusatzantrag überein. — **Pape** (Arbg.) wendet sich auch gegen den Zusatzantrag. Herr Zisenitz rede nicht im Namen der Fraktion. Die rechte Seite betrachte eben die Theaterfrage nicht nur nach der kulturellen, sondern auch nach der wirtschaftlichen Seite. Einen Abänderungsantrag zu stellen sei nicht so leicht, wenn man keine genügende Unterlagen habe. Könne man das Theater nicht mehr genügend hochhalten, müsse man es eben verpachten. Vielleicht könne auch die Frage erwogen werden, damit das Hansatheater zu verbinden. Gespart werden müsse auf alle Fälle. Der Redner beantragt namentliche Abstimmung. — **Roß** (Komm.): Wir sind gegen die Theatervorlage im Interesse der Armen und Kranken. Erst kommt der notwendige Lebensunterhalt und dann die Kunst. Alle Ausgaben müßten von den Arbeitern und Angestellten mitaufgebracht werden. — **Dietrich** (Arbg.) beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wird abgelehnt. — **Haut** (Soz.) betont zu den Ausführungen des Vorredners, daß die Arbeiter ein großer Teil Besucher stellten. So wiesen die Vorstellungen des Arbeiterbildungsvereins 1920/21: 17 454 Besucher auf und 1921/22 bis zum 31. März 22 000. Herr Roß sei ja auf Grund der Richtlinien, deren Richtigkeit durch das Ausscheiden eines kommunistischen Mitgliedes aus der Bürgerschaft bestätigt sei, gezwungen, es in diesen Dingen mit der Wahrheit nicht so genau zu nehmen. 1920/21 wurde das Theater von 189 000 Personen besucht, in diesem Jahre, wo noch zwei Monate fehlen, von 157 000. Dazu kommen noch die Vorstellungen der Plattdeutschen Volksgill mit 13 6000 resp. 15 000 Besuchern. Mit dem Vorwurf, der Voranschlag für das Theater stimme nicht, treibe man kein ehrliches Spiel. Heute könne niemand eine Garantie für irgendwelche Summen übernehmen. Wenn Sie (zur Rechten) sich derart ablehnend verhalten, dann müssen wir uns bei anderen Gelegenheiten auch noch überlegen, ob wir mitmachen. (Unruhe auf der Rechten.) Die gleiche Stellung von Bürgerlichen und Kommunisten in dieser Frage ist bezeichnend. Wir bieten aber unsere Hand nicht dazu, die Leute vom kulturellen Kunstgenuß in das Kino zu treiben und verantworten unsere Stellungnahme jederzeit nach außen. Ihnen paßt die Art und Weise nicht, wie das Theater geleitet wird. (Zuruf: Sehr richtig!) Sie möchten mehr patriotische Stücke. Im weiteren polemisiert der Redner gegen die von kommunistischer Seite erfolgten Einwürfe, verweist auf das große Elend in Rußland, wo der Staat ganz anders faul sei und erklärt zum Schluß, daß die Rechte im wesentlichen gegen die Person des Direktors vorgehe. — Dr. **Neumark** (Dem.) beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wird angenommen. **Stahlschmidt** (DV.) erklärt, er habe im Ausschuß nur unter großen Bedenken zugestimmt. — Der Senatsantrag wird mit 69 gegen 33 Stimmen angenommen.

5. Antrag: **Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Erhebung einer Wohnsteuer bei vorübergehendem Aufenthalt.** — Dr. **Gebhard** (DV.) sowie **Beck** und Genossen stellen eine Reihe Abänderungsanträge. — **Hefti** (Arbg.) bezweifelt, daß Lübeck durch die Wohnsteuer einen Vorteil habe. Die Geschäftsreisenden würden von Lübeck abgehalten. Die Vorlage müsse eine Begrenzung für Geschäftsreisende, Monteure usw. enthalten. Zu viel werde diese Einnahmequelle nicht bringen. Ausschußberatung wird vom Redner gefordert. — Senator Dr. **Vermehren** betont, es handle sich hier nur um die Ausnutzung einer Steuerquelle, die anderwärts bereits bestehe. — **Heilborn** (Komm.) bezeichnet die Steuer als eine Konsumsteuer, weshalb seine Fraktion die Steuer ablehne. — Dr. **Haun** (Soz.) ist mit den von Dr. Gebhard beantragten Aenderungen einverstanden, da sie Verbesserungen enthalten. — Der Antrag Hefti auf Kommissionsberatung wird abgelehnt. — Die Senatsvorlage wird mit den von Dr. Gebhard und Dr. Haun beantragten Aenderungen angenommen.

6. Antrag: **Erlaß eines Gesetzes, betreffend Erhebung einer Badeabgabe im Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde.** — **Hagelstein** (Soz.) beantragt einige Abänderungen. — **Heilborn** (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Das Gesetz werde erlassen, um den besitzenden Klassen Vergnügen zu bereiten. Bei der großen Not brauche man keine Pferderennen. Auf der andern Seite diskutiere man die Aufhebung des Achtstundentages. — Nach weiterer Debatte wird die Vorlage mit den beantragten Abänderungen angenommen.

10 Uhr.

Gewerkschaften.

Der Metallarbeiterstreik in Mannheim-Ludwigshafen ist vollständig. Seit Freitag liegen sämtliche Betriebe still. Nur die Schwerkriegsbeschädigten, die Lehrlinge und die Beamten kamen zur Arbeit. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Der Arbeitgeberverband hat die Verbindlichkeitserklärung des ihnen günstigen Schiedsspruches mit 48stündiger anstatt der bestehenden 46stündiger Arbeitszeit, beantragt.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik hat begonnen, nachdem die letzten Einigungsversuche im Repräsentantenhaus in Washington vollständig gescheitert sind. Man rechnet damit, daß **600000 Bergleute**, d. h. mehr als drei Viertel aller Kohlenarbeiter in den Vereinigten Staaten, in den Streik eintreten, weil die Unternehmer die Löhne um 20 bis 40 Prozent herabsetzen wollen.

Kommunistische Agitationsfrechheit. Die Zentrale der Kommunistischen Partei — „Abteilung Gewerkschaften" — richtet einen Aufruf an die Mitglieder des ADGB. und der Afa, worin die Gewerkschaften in den Metallarbeiterkämpfen einer falschen Taktik beschuldigt werden und der Solidaritätsstreik für ganz Deutschland gefordert wird. Den Herrschaften muß schon einmal gesagt werden, daß die Führung der Gewerkschaftskämpfe **Sache der Gewerkschaften** ist und die Kommunisten nicht befugt sind, sich darin einzumischen und Verwirrung und Uneinigkeit zu stiften. Das kommunistische Agitationsbedürfnis ist weder eine Begründung noch eine Entschuldigung für die kommunistische Quertreiberei.

Teilstreik der Kassenärzte. Aus Hirschberg wird berichtet: Wegen Nichtbewilligung der Forderungen haben die Aerzte die kassenärztliche Behandlung der Mitglieder der Ortskrankenkasse des Kreises Hirschberg abgelehnt. Sie behandeln die erkrankten Mitglieder vorläufig nur gegen Barzahlung.

Aus aller Welt.

Todesstrafe für Schieber und Wucherer. Der Bürgerbund des Ostseebades Ahlbeck beschloß, die nachstehende Eingabe an den Reichskanzler: „Die im Kurhaus zahlreich versammelte Bürgerschaft des Seebades Ahlbeck bittet den Herrn Reichskanzler unter dem Drucke der immer unerträglicher werdenden Teuerung endlich einmal energische Maßregeln gegen Wucher- und Schiebertum ergreifen zu wollen. Insonderheit wird gefordert: 1. Todesstrafe gegen alle, die irgendwelche im Vaterlande erforderlichen Lebensmittel ins Ausland verschieben. 2. Todesstrafe gegen alle, die landwirtschaftliche Erzeugnisse aufkaufen, bevor sie geerntet sind. 3. Schaffung eines Gesetzes, das alle Verkehrsbeamten verpflichtet, die Namen der ihnen durch den Dienstbetrieb bekannt werdenden Schieber den maßgebenden Behörden zu melden. Wenn sich die Regierung weiter so machtlos und schonend gegen diese Schandbuben und Preistreiber zeigt, die unsere ärmsten Volksschichten in den Hungertod hetzen, so muß das Volk in seiner Verzweiflung zur Lynchjustiz greifen." — Sollten solche Strafen wirklich eingeführt werden, dann würde mancher als ehrenwerter Bürger auftretende Schieber daran glauben müssen.

Ein tapferer Junge. In Berlin brachen zwei Männer in die Wohnung des Magistratsbureauassistenten Max Zehe ein. Als sie gerade dabei waren, ein Bündel Kleidungsstücke mitzunehmen, erschien, durch das Geräusch aufmerksam gemacht, der allein in einem Hinterzimmer anwesende zehnjährige Sohn und gab aus der Pistole seines Vaters zwei Schüsse ab, die aber fehlgingen. Um den Jungen abzuschrecken, steckten die Verbrecher die Gardinen des Zimmers in Brand und flüchteten dann.

Beim Aufspringen auf einen fahrenden Zug tödlich verunglückt. In Berlin versuchte eine Frau einen aus der Ringbahnstation Treptow ausfahrenden Personenzug zu besteigen. Sie kam dabei zu Fall und wurde von dem nachfolgenden Wagen zwischen Trittbrett und Bordschwelle eingeklemmt, daß der Kopf ausgesägt werden mußte. Der Bahnarzt konnte nur den Tod feststellen.

Im Gefängnis erschossen. Im Kattowitzer Polizeigefängnis wurde ein Untersuchungsgefangener durch das Zellenfenster hindurch von einem französischen Wachtposten erschossen, angeblich, weil er den Posten verhöhnt habe.

Katastrophale Ueberschwemmungen in Südserbien. In Südserbien ist eine katastrophale Ueberschwemmung eingetreten. Die Stadt Mitrowitza und Umgebung und viele Gegenden im ehemaligen Sandschak Novibazar stehen unter Wasser. Nach den bisherigen Schätzungen beträgt der angerichtete Schaden über 20 Millionen Dinar.

Verhaftete Wohnungsschwindler. Wie aus Schöneberg gemeldet wird, ist es dem dortigen Wohnungsamt gelungen, mehreren gefährlichen Wohnungsschwindlern das Handwerk zu legen. Es handelt sich um vier in Wohnungsämtern beschäftigt gewesene bezw. noch angestellte Personen, von denen bereits drei verhaftet worden seien. Die Schwindler hatten einem Wohnungsinhaber erklärt, daß die Beschlagnahme seiner Wohnung bevorstehe und von ihm eine große Geldsumme erpreßt, indem sie erklärten, daß sie die drohende Beschlagnahme dann abwenden würden. Die Schwindler fälschten darauf einen Mietevertrag und stempelten ihn mit einem dem Wohnungsamt gestohlenen Stempel ab.

Eine 16jährige Vatermörderin. Die 16 Jahre alte Käte Stoll, eine Landarbeiterstochter, wurde in Schwegenheim bei Augsburg verhaftet. Sie hat eingestanden, daß sie ihrem Vater Arsenik in das Essen mischte, als sie es zur Arbeitsstätte brachte. Stoll ist nach dem Genuß der vergifteten Mahlzeit gestorben.

Für 2 Millionen Mark Blattgold gestohlen. Ungewöhnlich reiche Beute machten in der vergangenen Nacht in Berlin Geldschrankeinbrecher. Sie suchten die Geschäftsräume einer großen Buchbinderei im Zentrum Berlins auf, indem sie sich mit Nachschlüsseln Eingang in die im dritten Stockwerk eines Fabrikgebäudes belegenen Kontorräume verschafften. Dort brachen sie nach Art gewerbsmäßiger Geldschrankeinbrecher zwei Geldschränke auf. In diesen fanden sie 10 000 Mark bares Geld und für zwei Millionen Mark Blattgold.

Drei Morde an einem Nachmittag. In der Umgebung von Bordeaux sind am Montag nachmittag drei Morde vorgekommen. Eine 26jährige Witwe erschlug ihren 56jährigen Vater, der ihr Vorhaltungen wegen ihres Lebenswandels machte, mit einem Holzscheit, und zwei 77jährige Greise wurden gelegentlich eines Einbruchsdiebstahls getötet.

Große Brände in Petersburg. Petersburger Blättermeldungen zufolge brachen dort an einem Tage eine Reihe gewaltiger Brände aus: die Belgische Elektrische Kraftstation und ein Teil des Nikolai-Bahnhofes sind niedergebrannt, die ehemalige Reichsbank und der Neue Hafen haben beträchtlichen Brandschaden davongetragen. Am folgenden Tage entstand ein Brand auf der elektrischen Kraftstation „Helios". Die „Krasnaja Gaseta" führt in üblicher Weise diese Brandkatastrophen auf Brandstiftungen sozialrevolutionärer und anderer antisowjetistischer Kreise zurück.

Der Schreckensanblick des russischen Hungerelends. Der Bevollmächtigte der englischen Hilfsmission für die Hungerleidenden in Balascheff (Gouvernement Saratow), Mr. Feelins, hat seinem Leben ein Ende gemacht, da er nicht imstande war, die Schrecken des Hungerelends zu überwinden.

Neue Bücher.

Nestriepke, Dr. Siegfried: Gewerkschaftslehre (135 S.) Brosch. 12 Mk., geb. 22 Mk., Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inh.: Franz Mittelbach) Stuttgart. Das Werk gibt eine in sich abgeschlossene theoretische Untersuchung über das Wesen und Wirken der Gewerkschaften, wie sie in so klarer, anschaulicher Weise nur von jemand geschrieben werden konnte, der wie der Verfasser ein glänzender Kenner der gewerkschaftlichen Bewegung ist. Das Buch zerfällt in vier Abschnitte: Grundsätzliches — Ziele gewerkschaftlichen Strebens — Mittel und Wege gewerkschaftlichen Ringens — Organisations- und Verfassungsfragen. — Vom Wesen und Wirken der Gewerkschaften wird heute ein jeder berührt, so daß man diese gediegene Einführung in die Gewerkschaft allen, die für die sozialen Bewegungen der Zeit Interesse haben, zum ernsten Studium empfehlen darf, aber auch für den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, für den Gewerkschaftspraktiker, für Studierende usw. ist das neue Nestriepkesche Werk von erheblicher Bedeutung.

Wilbrandt, Prof. Dr. Robert: **Konsumgenossenschaften** (Gemeinschaftskultur Heft 3) Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach, Stuttgart.) Brosch. 10 Mk., Kart. 12 Mark. Bei allen Plänen zum Aufbau der Gemeinwirtschaft steht die Errichtung von Konsumgenossenschaften im Vordergrund aller Erwägungen. Der bekannte Tübinger Volkswirtschaftler ist einer der eifrigsten Verfechter dieser Idee, für welche er mit der vorliegenden Schrift in einleuchtender, wissenschaftlich begründeter Weise wirbt. Das Buch gibt einen klaren Ueberblick über Entstehung und Entwickelung von Konsumgenossenschaften im In- und Ausland, über ihr Wesen und ihre Bedeutung in sozialpolitischer, volkswirtschaftlicher und weltwirtschaftlicher Hinsicht. Auch an den inneren Schwierigkeiten, an den Grenzen der Anwendbarkeit und den Möglichkeiten der Ausbreitung geht Wilbrandts Darstellung nicht vorüber. Das Buch ist ein Aufruf zu befreiender Tat, es gibt die Lehre einer neuen Wirtschaft, es zeigt den Weg, der aus dem Zwang der Tauschwirtschaft heraus zur Gemeinwirtschaft führt, in der allein das Heil für die unteren und mittleren Volksschichten zu suchen ist.

Quittung.

Für das Krüppelheim Vorwerk vom Kraftsportverein „Atlas" für Versteigerung eines Kognaks auf dem Ball im Kolosseum Mk. 70.—.

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Ermittelungen des Statistischen Amtes vom 31. März bis 1. April 1922.

	Kleinhandelspreis für 1 Pfund in Pfg. häufig	höchst	niedrig		Kleinhandelspreis für 1 Pfund in Pfg. häufig	höchst	niedrig
Fleisch u. Fleischwaren				**Gemüse und Obst**			
Rindfleisch: Kochfleisch	3000	3200	2800	Rote Beeten	150	150	120
" Bratfleisch	3400	3500	2800	Kohlrabi	—	—	—
Kalbfleisch: Kochfleisch	2000	3000	1800	Steckrüben	150	150	100
" Bratfleisch	2400	3500	2000	Teltower Rüben	250	300	200
Hammelfleisch: Kochfleisch	3000	3600	3000	Rhabarber	800	900	800
" Bratfleisch	3400	4000	3400	Spinat	700	700	500
Schweinefl.: Kochfleisch	3200	3400	3000	Zwiebeln	500	700	500
" Bratfleisch	3400	3800	3000	Kartoffeln	250	250	220
Pferdefleisch: Kochfleisch	1500	1500	1200	Möhren	300	300	220
" Bratfleisch	1800	2000	1600	Radieschen, 1 Bund	—	—	—
Leberwurst I	3400	4100	3200	Kopfsalat, 1 Kopf	—	—	—
" II	2600	3200	1600	Erbsen	—	—	—
Mettwurst: gekochte	3600	4400	2500	Große Bohnen	—	—	—
" geräucherte	4400	5000	3800	Brechbohnen	—	—	—
Speck: geräuch., hiesiger	4000	5000	3500	Halbreife Bohnen	—	—	—
" " fremder	3600	3800	3600	Sellerie, 1 Knolle	250	600	150
				Porree, 1 Stange	50	100	50
Molkereiprodukte, Fette, Eier				Tafeläpfel	900	1000	650
				Wirtschaftsäpfel	900	650	550
Vollmilch, 1 Liter	640	640	570	Eßbirnen	—	—	—
Magermilch, 1 Liter	320	330	285	Kochbirnen	700	700	350
Käse, halbfetter	2300	2800	1800	Fliederbeeren	—	—	—
Meiereibutter	7200	7800	6400	Pflaumen	—	—	—
Margarine	3300	3900	2800	Schlehe	—	—	—
Schweineschmalz	4200	4800	4000				
Eier, Stück	350	380	350	**Fische**			
Brot, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren				a) Süßwasserfische			
				Schleie	3000	4200	3000
				Karpfen	3500	3750	3500
Roggengrobbrot	332*	435	332*	Aale, große	3300	3800	3500
Feinbrot	365*	630	365*	" mittel	2600	2650	2500
Semmel	1120	1120	1120	" kleine	1300	1300	1200
Weizenmehl	1000	1200	950	Hechte	2000	2000	1600
Buchweizengrütze	1200	1300	1200	Barsche	1000	1200	800
Hafergrütze	850	1100	750	Brachsen, große	1700	1700	1600
Haferflocken	900	1000	800	" kleine	1200	1200	1200
Gerstengraupen	850	1100	700	Rotaugen, große	600	600	600
Gerstengrütze	800	1100	700	" kleine	400	400	400
Erbsen, gelbe	600	800	500				
" grüne	650	750	600	b) Seefische			
Weiße Bohnen	700	1050	600				
Reis	1000	1500	760	Dorsche	600	630	550
Reismehl	1000	1200	850	Butt, große	600	700	600
Sago	1500	1800	1100	" kleine	400	470	400
Zucker: Würfelzucker	1060	1120	1000	Steinbutt	—	—	—
" gem. Melis	1000	1020	950	Schellfische	700	700	600
Tee	10000	14000	7000	Grüne Heringe	450	450	450
Kaffee	8800	11500	7200				
Kaffee-Ersatz	930	1240	530	**Geräucherte Fisch**			
Speisesalz	60	90	50	Heringe	900	900	800
Speiseessig, Liter	300	400	200	Sprotten	1500	1500	1500
Kartoffelmehl	1100	1700	1200	Aale, große	5000	5000	5000
				" mittel	2800	3500	2800
Gemüse und Obst				" kleine	2000	2000	2000
Tomaten	—	—	—				
Gurken, Stück	—	—	—	**Brenn- u. Leuchtstoffe**			
Spargel I	—	—	—	Nußkohlen, 1 Zentner	7750	7750	7750
" II	—	—	—	Hartkoks, 1 Zentner	8750	8750	8750
" III	—	—	—	Gaskoks, 1 Hektoliter	7000	7000	7000
Weißkohl	400	450	300	Braunkohlenbrik. 1 Ztr.	5450	5450	5450
Wirsingkohl	—	—	—	Torf, 1 Zentner	—	—	—
Rotkohl	600	700	500	Gas, 1 cbm	450	450	450
Blumenkohl I. 1 Kopf	1200	1200	1200	Elektrizität, 1 KwStd.	1200	1250	1200
" II. 1 "	800	1000	700	Petroleum, 1 Liter	1200	1200	1000
Rosenkohl	800	800	400				
Grünkohl	350	350	300				

* Höchstpreise

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungen

Hotel Viktoria Fernruf 452.
Gegenüber dem Bahnhof.

Hotel International Neues Haus
am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

Hotel Stadt Hamburg
Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

Gewerkschaftshaus Johannisstraße.
Fernruf 225. Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.

C. Hansdiens Restaurant. F. 8636. Weiter Krambuden 7. Tägl. musikalische Unterhaltung. Mittagstisch 12-2. Abendtisch 6-9. Fremdenzimmer

Restaurant und Café zum Deutschen Kaiser. Inh. Aug. Bräck Wwe. Königstraße 41 Fernsprecher 531. Gute Küche. Straßbahnlinie 3.

Theater-Restaurant u. Café
Fünfhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagstisch.

Bodega Weinstuben. F. 8986. Fleischhauerstraße 14. Inh. H. Giesenberg. Gemütl. Aufenthalt.

Rathaushalle Tägl. von 5—1 Uhr Künstlerkonzert.
Billards. W. Brunn.

Stadthallen — Weißer Saal
Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen. Anfang 5 Uhr. F. Lantau.

Stadt-Café Holstenstraße 17. Täglich Künstler-Konzert.
Paul Ferck.

Café Viktoria Täglich Konzert. Mühlenbrücke 1.

„Opera“ 8 Uhr abends.

Café Roland Tägl. Künstler-Konzert

Café Bernhardt Fackenburger Allee 9.
Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Hansa-Café Inh. G. Spieker Wwe.
Vornehmes Familien-Café. Künstler-Konzert.

Neues Lichtspiel-Theater
Fernruf 8698. Breite Straße 13.
Erste und vornehmste Lichtbildbühne.
Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem nur die auserwähltesten Programme.
Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

Tusculum Fischstraße 4. Bar m. Weinstuben. Dezente Musik.

Gerhard Tschorn Speisekasino. Johannisstr. 3

Julius Stammer Konditorei — Kaffee. Lindenstraße 1b.

Hodermanns Konditorei
Täglich Konzert.

Uhren, Goldwaren und Musik

C. Porté Goldschmiedemeister. Fabrikation u. Verkauf ungenoser Trauringe. Fleischhauerstr. 26.

Ludwig Zander Juwelier u. Goldschmied.
Fernruf 8700. Marlesgrube 3.

Lorenz Behnfeldt
Fünfhausen 8. Uhren, Goldwaren, Reparaturwerkstatt.

Rudolph Wiese Goldschmied. Breite Straße 43.
Gold-, Silberwaren. Versilb., Alpacca-, Nickelwaren.

Hallers Musikhaus Lübeck.
Markt 3.

Meyer & Eggert Fernruf 3426. Königstraße 116.
Musikinstrumente.

Musikhaus Fr. Dietrich & Co.
Musikinstrumente. Bestandteile. Noten jeglicher Art. Saiten. Beckergrube 27.

Musik- Instrumente, Lauten, Gitarren, Mandolinen usw.
Ernst Robert. Breite Straße 23. Fern. 5730.

A Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Musterschutz

Ehlers & Rectwisch St. Petri 2/4. Holstenstraße 1. Das Haus der guten Qualitäten. Manufaktur. Konfektion. Schuhwaren.

Café „Nirwana“ Fernruf 8529, Mühlenstraße 46.

Trocadero Fernruf 787. Schüsselbuden 4. Täglich ab 8 Uhr. Weberus-Konzerte. Sonntags 5 Uhr.

Fledermaus Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung und Tanz. I. Etage! Sehenswerte Bar. Stimmung. Humor.

U Lichtspiele. Fünfhausen 17/19, im Hause der Fledermaus. Jeden Dienstag neues spannendes Programm. Anfang 5 Uhr. Sonntag 4 Uhr. Letzte Abendvorstellung 8 Uhr.

Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebensmittel? Bei **Paul Burmester jr.**, Holstenstraße 24.

F. Hardt, Mechanische Strickerei
Lübeck, Fischergrube 60

Schuhwarenhaus W. Blumenthal Kohlmarkt 1. Sandstraße 2—4.

Uhren-Voss Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8393.

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg

Lübeck ab	Hamburg an	Lübeck ab	Hamburg an
6.00	7.48	5.30	7.06
7.47	9.21	2—4 St.	
2—4 St.		7.05	8.51
9.30	10.50	2—4 St.	
11.08	12.35	8.20 D	9.21
2—4 St.		8.40 D	9.37
1.25	2.56	10.17	11.54
3.44	5.02	2—4 St.	
2—4 St.		12.22	1.55
4.17	5.59	3.30	5.10
2—4 St.		2—4 St.	
7.15 D	8.20	5.10	6.37
7.22	9.00	7.22	9.00
8.15 D	9.14	2—4 St.	
9.05 S	10.25	9.00	10.3
9.20	11.02	11.40	1.05
2—4 St.			

Büchen

Lübeck ab	Büchen an	Lübeck ab	Büchen an
8.00	9.13	6.34	7.43
1.30	2.47	11.45	1.00
4.16*		8.45*	1.29
5.30	6.52	3.27	4.42
9.12	10.34	7.22	8.40

* D Berlin-Stettin und zurück.

Kleinen

Lübeck ab	Kleinen an	Lübeck ab	Kleinen an
7.15	8.53	5.50	7.25
9.28 D	10.28	9.02	10.57
9.42 D	10.41	1.54	3.36
12.02	1.44	— D	7.10
5.19	7.06	7.09 D	8.08
9.12	10.51	7.26	9.05

Eutin

Lübeck ab	Eutin an	Lübeck ab	Eutin an
7.15	8.12	6.15	7.22
9.07*	10.45	8.28	9.18
12.13	1.09	12.24*	1.21
1.42 D	2.25	2.58	3.58
2.00	2.56	3.35 D	4.12
		7.28 S	8.34
7.21	8.20	7.46	8.59

* Nur bis auf weiteres.

Segeberg

Lübeck ab	Segeberg an	Lübeck ab	Segeberg an
8.05 W	10.02	5.45	7.08
9.00 S	10.20	10.32 W	11.55
2.10	3.35	10.37,	11.55
7.30	8.55	4.15 W	6.15
		5.45 S	7.03

Travemünde

Lübeck ab	Travemünde Stadt an	Travemünde Strand an	Niendorf an
5.21 W	6.01	—	6.22
8.15 W	9.00		
9.42 S	10.10		10.42
2.07	2.47	—	3.15
6.43	7.20	—	7.42

Niendorf ab	Travemünde Strand ab	Travemünde Stadt ab	Lübeck an
6.35 W	—	6.58	7.37
11.12 S	—	11.30	12.19
—	—	11.30 W	12.19
4.00	—	4.18	5.00
7.54	—	8.12	8.52

W = Wochentags.
S = Sonntags.
D = D-Zug.

(Ohne Gewähr).

Markmann & Meyer Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe. Markthalleneingang Breite Straße.

H. E. Koch Möbelhäuser Ausstellungsräume. — Fernruf 1050.
Marlesgrube 45. 40.
Inh.: Carl Peters & Rudolf Neels.

Georg Petersen Hüxstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

Walter Büttner Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und Metalle en gros.

Auto-Eschen Fernruf 1894.

Camphausen & Co.
Kraftfahrzeuge.

Fossehl's Kohlenhandel
Abteilung Beckergrube Abteilung Mühlenstr. 62
Fernspr. 8331-8333. Fernspr. 8720-8723.
Koks • Kohlen • Briketts
Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.

E. Braunschweig Nchf.
Fernruf 8210, 8717.
Johannisstraße 16, I.
Kohlen Koks Briketts

Max Boge Holz-, Kohlen- und Holzkohlen-Lager. Täglicher Platzverkauf: Falkenstraße. Telephon 8441.

F. W. Tietz Fuhrwerksbetrieb
bei billigster Berechnung.

Adolf Borgfeld, Lübeck Inhaber Hermann Kuhli.
Oefen, Herde, Grudeherde, Gaskocher Größte Auswahl bei günstigsten Preisen.

Spanetti
Milch-Schokolade
Schweizer Art.

Lebensmittel und Drogen

L. Doeper Fernruf 8915. Königstr. 75 Kaffeegroßrösterei und Kolonialwaren.

Reserviert für
J. G. Niederegger Marzipan.

Dampfbäckerei „Hansa“ Lübeck
J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen überall.

Hansa-Meierei Fackenburger Allee 59a und b.
Fernruf 281/557.

Rostocker Butterhandlung
Inh. Robert u. Dora Gündel. F. 2064. Beckergrube 9.

Th. Storm Nachf. Inh. **Chr. Stakelbeck**
Fernruf 473. Königstraße 98. Spezial-Butter- und Margarinehandlung. Groß- und Kleinhandel

Aland Bock- u. Bierwurst.

Erich Helm Wurstfabrik.
Fleischhauerstraße 54.

Ahrbergs Bockwurst u. Würstchen
W. Sander. Fernruf 8121. Markt 3.

Fischversandhaus „Möwe“. Alfr. Beßmann & Co., Lübeck. Fernruf 1352. Kl. Burgstraße 6. Tel.: Beßmann Kleineburgstr. Großh. i. Fischkons.

Heinrich Prümm Fernruf 651. Wahmstr. 21.
Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

Ludw. Buck Fernruf 3734. Breite Straße 86.
Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

C. Klein Fernruf 1727. Pfaffenstraße 4.
Delikatessen — Fettwaren.

Johannes Hanssen Balauerfohr 17
Kolonialwaren — Fettwaren.

Reserviert für
Janssen Delikatessen Beckergrube 7.

Spethmann & Fischer Kartoffeln, Frucht, Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59.

Fr. R. Muuß Günstiger Einkauf von Lebensmitteln. Alfstraße 25

C. F. Alm Holstenstraße 12. Fernruf 300.
Farben, Drogen, Chemikalien.

Diana-Drogerie Paul Stammer. F. 8644.
Glandorpstr. 1. Farben, Verbandstoffe. Toilettenart.

Ferd. Kayser Drogerie.
Breite Straße 81.

Bruno Soltmann
Fleischhauerstr. 51. Konditorei u. Kuchenbäckerei.

Ernst Voß. Große Burgstraße 59. Kolonialwaren. Spirituosen.

Lübecker Central-Brotfabrik
R. Spangenberg, Lindenstraße 20/22.

Fr. Weingärtner Nachf., Johannisstr. 3
Konditoren. Delikatessen.

Schuh- und Lederwaren

Ed. Teuteberg
Lederhandlung.
Untertrave 67.

Auguste Popp Schuhwarenhaus.
Erstklassige Fabrikate. Führende Marken.

Friedrich Baurenfeind
Schuhwaren. Fernruf 1365. Mühlenstraße 34.

Wilh. Ewert, Schuhwaren. Untertrave 3.
Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

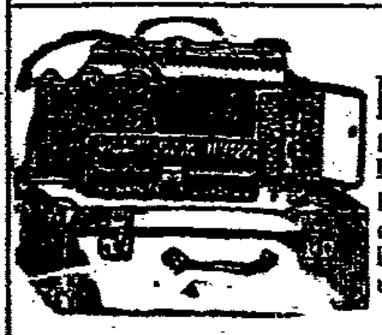
Car. Redlich Schwönekenquerstraße 25.
Schuhe. Maßanfertigung. Reparaturwerkstätte.

Karl Brandt, Schuhwaren.
Maßgeschäft. Reparaturwerkstätte. Balauerfohr 4.

B. Dittmer, Fünfhausen 7. Schuhreparaturwerkstätte. Maßanfertigung.

Carl Hans Kühl Fernruf 2988. Mühlenstraße 42.
Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung.

Alexander Krock, Königsstr. 47, b. d. Johannisstr.
Spezialgeschäft in Lederwaren u. Reiseartikeln.



F. Fränkel
Breite Straße 35 und Holstenstraße 4.
Billigste Bezugsquelle in echten Lederwaren, Koffern und Reiseartikeln.